

***Die Deutschsprachige Gemeinschaft
in der Einschätzung ihrer Bürger/-innen***

erarbeitet für

Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Ergebnisbericht

Durchführung:

INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung

Januar 2023

INHALT

1. ZUSAMMENFASSUNG	3
2. UNTERSUCHUNGSDESIGN	7
3. DIE WICHTIGSTEN AUFGABEN UND PROBLEME IN OSTBELGIEN	8
4. PERSÖNLICHE EINSTELLUNGEN UND ZUFRIEDENHEITEN	10
5. DIE IDENTITÄT DER BÜRGER/-INNEN	14
6. EINSCHÄTZUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN IN OSTBELGIEN	19
7. KONSUMVERHALTEN UND INANSPRUCHNAHME VON DIENSTLEISTUNGEN	21
8. POLITISCHES INTERESSE UND BÜRGERBETEILIGUNG	24
8.1. Politisches Interesse und Zufriedenheit mit dem politischen Geschehen	24
8.2. Bekanntheit von Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	27
9. BEKANNTHEIT UND NUTZUNG VON INFORMATIONSMITTELSCHWELLEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	28
10. EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT	33
11. WICHTIGKEIT UND ZUFRIEDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ZUKUNFTSZIELEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	37
12. DIE INSTITUTIONELLE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	43
13. EINSTELLUNGEN UND EINSCHÄTZUNGEN ZUR AKTUELLEN ENERGIEKRISE	47
14. STATISTIK	49
15. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	51

1. ZUSAMMENFASSUNG

Der überwiegenden Mehrheit der Befragten fielen spontan **Aufgaben und Probleme** ein, die in Ostbelgien angepackt werden sollten. Im Vergleich zu 2018 wiesen die Befragten etwas häufiger auf dringliche Probleme hin. Zu diesen zählen aus Sicht der Einwohner/-innen erneut die vielfältigen Verkehrsprobleme und der Bereich „Schule und Bildung“. Spontan genannt wurden auch häufiger das Sprachenproblem bzw. die Stärkung und Förderung der deutschen Sprache sowie die Gesundheitspolitik.

Die **persönlichen Zukunftsaussichten** sowie die **wirtschaftlichen Zukunftsaussichten** für Ostbelgien werden zurückhaltender als noch vor vier Jahren beurteilt. Nach den gestiegenen Werten 2018 liegen die Ergebnisse nunmehr wieder auf dem Niveau von 2014. Nichtsdestotrotz bewegen sich auch die aktuellen Werte auf gutem Niveau: Drei Viertel der Befragten gaben an, persönlich sehr bzw. eher optimistisch in die Zukunft zu blicken. Ein etwas geringerer Anteil schätzt die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien optimistisch ein.

Die **Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen** liegt weitgehend auf dem Niveau von 2018. Die deutlich überwiegende Mehrheit der Einwohner/-innen im Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist mit den einzelnen Lebensbereichen sehr zufrieden bis eher zufrieden, darunter vor allem mit der eigenen Wohnsituation.

Am ehesten sehen die Befragten „Ostbelgien“ als ihre **Heimat** an. Der Anteil der Nennungen ist seit 2014 kontinuierlich gestiegen. Auf dem zweiten Platz folgt mit einem deutlich geringeren Anteil und zugleich relativ konstanten Anteilswerten seit 2011 die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Neben dem Heimatverständnis wurde auch die **geopolitische Verbundenheit** erfragt: Mit Abstand am engsten fühlen sich die Befragten mit ihrem Wohnort verbunden. Relativ gleich stark fällt die Bindung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, die unmittelbare Nachbarschaft und Belgien aus. Die Werte liegen ebenfalls auf einem hohen Niveau, jeweils vier von fünf Befragten vergaben die Antwortoptionen „sehr“ bzw. „ziemlich verbunden“. Deutlich dahinter bleibt die Verbundenheit mit dem belgischen Königshaus zurück, mit dem sich die Befragten weniger verbunden fühlen als mit der Europäischen Union.

Drei Viertel der Befragten erkennen im **Zusammenleben mit Zuwanderern** weniger große bzw. überhaupt keine Probleme. Nach Ansicht von jeder bzw. jedem Vierten gibt es (sehr) große Probleme, die vor allem aus der fehlenden Integration, Anpassung der Zugezogenen sowie kulturellen und sprachlichen Unterschieden zwischen Ansässigen und Zuwanderern resultieren. Nach dem Rückgang 2018 werden nunmehr wieder etwas häufiger Probleme im Zusammenleben von Einheimischen und

Zuwanderern gesehen, der aktuelle Anteil liegt jedoch noch deutlich unter dem Niveau von 2014.

Die meisten **Einkäufe und Dienstleistungen** werden in der eigenen Gemeinde oder auch in anderen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft getätigt bzw. in Anspruch genommen. Lediglich größere Anschaffungen werden überwiegend im benachbarten Ausland erledigt. Auch für Einkäufe des täglichen Bedarfs sowie Kultur- und Freizeitangebote fahren die Ostbelgier/-innen häufiger in die angrenzenden Länder. Bei relativ konstanten Anteilswerten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen vor Ort werden häufiger als in den Vorjahren zusätzlich Anbieter außerhalb der eigenen Gemeinde genutzt. Auf die **regionale Herkunft der Produkte** achtet jede bzw. jeder zweite Befragte fast immer oder meistens. Das sind etwas weniger als noch vor vier Jahren, aber deutlich mehr als noch 2014.

Während das allgemeine Politikinteresse seit 2011 weitgehend unverändert ist, ging das **Interesse am politischen Geschehen** in der eigenen Gemeinde und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach der leichten Zunahme von vor vier Jahren nunmehr wieder tendenziell zurück. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten ist aktuell am politischen Geschehen in der eigenen Gemeinde (sehr) stark interessiert. Etwas verhaltener fällt das Interesse am Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an Politik allgemein aus.

Etwa drei Viertel der Befragten äußerten sich mit der Gestaltung der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sehr zufrieden bzw. eher zufrieden. Etwas geringer fällt die **Zufriedenheit mit dem politischen Geschehen** in der eigenen Gemeinde aus. Die Zufriedenheit mit der Politik in Belgien – mit dieser ist nur etwas weniger als die Hälfte sehr bzw. eher zufrieden – bleibt merklich dahinter zurück. Die Zufriedenheitswerte für die Gestaltung der Politik auf Landesebene bzw. auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen auf ähnlichem Niveau wie 2018, die Zufriedenheit mit der Politik in der eigenen Gemeinde ist hingegen wieder auf das Niveau von 2014 gesunken.

Jeweils knapp zwei Drittel der Befragten – und damit fast genauso viele wie vor vier Jahren – bejahten die Aussagen, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. in der Gemeinde genügend **politische Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten** gebe.

Als **Dienstleistungen**, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erbracht werden, sind den Befragten vor allem Angebote aus den Bereichen (Aus-/Weiter-) Bildung, Unterricht und Schulwesen, der Senioren- und Behindertenbetreuung/-pflege, Kultur-, Freizeit- und Vereinsmöglichkeiten sowie Angebote im Gesundheitswesen spontan bekannt.

Informationen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden von der überwiegenden Mehrheit der Befragten zumindest gelegentlich genutzt. Zu den regelmäßig genutzten Informationsquellen zählen hauptsächlich klassische Medien wie regionales Radio bzw. Fernsehen und

regionale Zeitungen. Vergleichsweise hohe regelmäßige Nutzungsanteile für die Information über die Arbeit des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft weisen auch Internetseiten und soziale Medien auf: Jeweils knapp jede/r Dritte wählt regelmäßig diese Informationskanäle. Stellt man Bekanntheit und generelle Nutzungsanteile der einzelnen Informationsquellen einander gegenüber, so weisen Internetseiten und soziale Medien, gemessen am Bekanntheitsgrad, deutlich höhere Nutzungsanteile als z. B. Printmedien wie Broschüren, Zeitungen und Zeitschriften auf.

Knapp die Hälfte der Befragten hat sich in den letzten 24 Monaten aktiv **ehrenamtlich** für einen Verein oder eine Organisation engagiert, d. h. eine ehrenamtliche oder freiwillige Tätigkeit unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ausgeübt. Ein Drittel hat sich in keiner Weise, auch nicht passiv (durch reine Mitgliedschaft oder Spenden) engagiert. Für diejenigen, die sich nicht aktiv ehrenamtlich betätigen, spricht gegen ein solches Engagement vor allem der Zeitmangel. Die aktiv ehrenamtlich Engagierten begründen ihren Einsatz insbesondere damit, etwas für das Gemeinwohl/die Gemeinschaft tun zu können, anderen Menschen helfen können und einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls vor Ort zu leisten.

Die Bedeutung fast aller **Zukunftsziele** hat sich im Vergleich zu 2018 kaum geändert. Insgesamt werden die Wichtigkeiten der vorgestellten Zukunftsziele seit 2011 auf unverändert hohem Niveau eingeschätzt. Fast ausnahmslos die Prädikate „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ wurden bei der aktuellen Befragung für die Qualität bei Bildung und Ausbildung, die Einbeziehung von Menschen mit einer Beeinträchtigung in alle gesellschaftlichen Aktivitäten und die Sicherung einer bürgernahen ärztlichen Grundversorgung vergeben.

Neben der Bedeutung wurde auch die **Zufriedenheit mit den verschiedenen Aspekten am Wohnort** erfragt. Mit der Hälfte der vorgestellten Aspekte zeigten sich jeweils vier von fünf Befragten „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“, darunter vor allem mit dem Kulturangebot in Ostbelgien, der Bewahrung der Vielfalt der Kulturen und der Entwicklung des Tourismus. Die im Vergleich geringsten Zufriedenheiten sind beim Klimaschutz und bei der Integration von Zuwanderern zu verzeichnen. Stellt man die persönliche Wichtigkeit und die Zufriedenheit mit den einzelnen Aspekten einander gegenüber, so bleibt der Wert für die Zufriedenheit fast immer hinter dem Wert für die Wichtigkeit zurück. Die größten Differenzen sind bei der Förderung des Klimaschutzes, der Pflege und dem Ausbau der Mehrsprachigkeit und den Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung festzustellen.

Für gut die Hälfte der Befragten ist das **Ausmaß der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft** so, wie es heute ist, in Ordnung. Ein Drittel wünscht mehr Zuständigkeiten. Der Anteil der Befürworter/-innen einer Erweiterung der Zuständigkeiten ist gegenüber 2014 und 2018 tendenziell gestiegen.

Etwa vier von zehn Befragten halten die **Rolle der Provinz Lüttich** in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für wichtig bis sehr wichtig, das sind etwas weniger als noch vor vier Jahren. Ebenfalls etwa vier von zehn Befragten sprachen sich für einen **Verbleib der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Teil der Wallonie** im Rahmen möglicher weiterer Staatsreformen aus, das sind deutlich weniger als bei den Befragungen 2018 und 2014.

Aus aktuellem Anlass um ihre **Einschätzungen zur Energiekrise** befragt, fanden vor allem die Aussagen einer grundsätzlichen Begrenzung der Preise für Strom und Gas durch den Staat und die Aufforderung, dass jeder zur Bewältigung der Energiekrise Energie sparen sollte, Zustimmung. Knapp neun von zehn Befragten fühlen sich durch die steigenden Energiepreise zum Energiesparen bewegt. Ein Viertel der Befragten macht sich Sorgen, dass es im Winter zu Ausfällen in der Strom- und Gasversorgung kommt, ein Drittel, dass die eigene Energierechnung nicht oder nur schwer beglichen werden kann. Mehr als die Hälfte befürchtet, dass sich ihr Lebensstandard wegen der Inflation deutlich verschlechtern wird.

2. UNTERSUCHUNGSDESIGN

Grundgesamtheit für die Erhebung war die Deutschsprachige Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 16 Jahren im Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. Im Zeitraum zwischen dem 17. November 2022 und dem 11. Januar 2023 wurden insgesamt n=1.000 Personen befragt.

Die Befragungen wurden in Form von computergestützten telefonischen Interviews (CATI) realisiert. Sie dauerten im Durchschnitt ca. 29 Minuten. Bei der telefonischen Stichprobe handelte es sich um eine kombinierte Festnetz- und Mobilfunkstichprobe (Dual-Frame-Ansatz). 73 Prozent der Interviews wurden über Festnetznummern geführt, in 27 Prozent der Fälle wurde über einen Mobilfunkanschluss telefoniert. Bei der Festnetzstichprobe handelte es sich um eine repräsentative Haushaltsstichprobe auf Basis zufallgenerierter Telefonnummern. Bei Haushalten mit mehreren Zielpersonen erfolgte die Auswahl der Befragungsperson mit Hilfe der Next-Birthday-Methode. Die Mobilfunkstichprobe wurde aus in öffentlichen Telefonverzeichnissen eingetragenen Nummern generiert. Zudem erfolgte ein Zukauf von Telefonnummern von einem führenden Sample-Anbieter. Bei der Mobilfunkstichprobe war die angerufene Person unmittelbar die Zielperson für die Befragung.

Um personenrepräsentative Gesamtergebnisse zu erzielen, wurde der Datensatz nach soziodemografischen Merkmalen gewichtet. Die Gewichtung erfolgte iterativ nach den Merkmalen Haushaltsgröße, Alter, Geschlecht und Wohnort (Gemeinde) auf Basis des Statistikportals der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 2022. Unter Berücksichtigung eines Fehlerintervalls von +/-3,2 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 Prozent) sind die erzielten Befragungsergebnisse für die Grundgesamtheit verallgemeinerbar und liefern für diese hochrechenbare Ergebnisse.

Die Vergleichsergebnisse aus den Jahren 2011, 2014 und 2018 stammen aus repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, die von einem anderen Institut für die Deutschsprachige Gemeinschaft Ostbelgiens durchgeführt wurden. Um die Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu gewährleisten, wurden weite Teile des Befragungskatalogs aus den Vorbefragungen übernommen, ergänzt um zusätzliche aktuelle Themen.

3. DIE WICHTIGSTEN AUFGABEN UND PROBLEME IN OSTBELGIEN

Zu Beginn des Interviews wurden die Befragten gebeten anzugeben, was ihrer Meinung nach die wichtigsten Aufgaben und Probleme sind, die in Ostbelgien angepackt werden sollten. Die Frage wurde offen, d. h. ohne jegliche Antwortvorgaben, gestellt. Die Antworten wurden von den Interviewerinnen und Interviewern in ein offenes Freitextfeld aufgenommen und im Zuge der Auswertung vercodet.

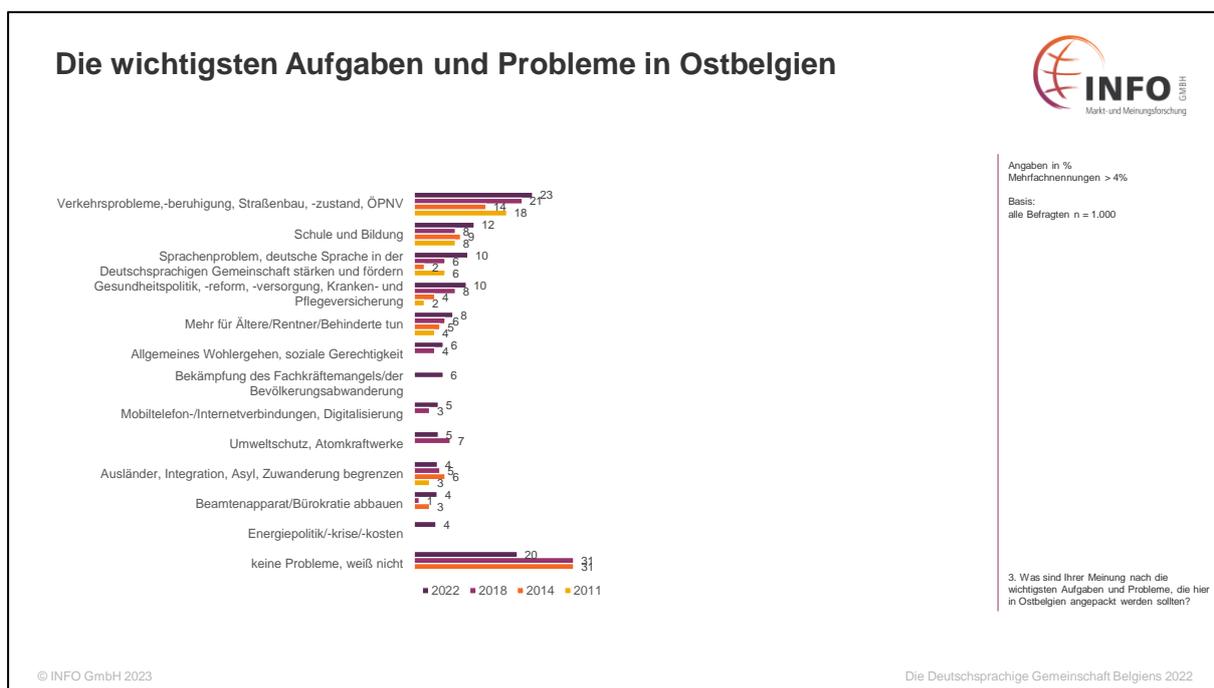


Abbildung 1: Die wichtigsten Aufgaben und Probleme in Ostbelgien (im Zeitvergleich)

Die vielfältigen Verkehrsprobleme, darunter Probleme mit dem Zustand der Straßen, dem Öffentlichen Nahverkehr und fehlende Fahrradwege, wurden auch in der aktuellen Befragungswelle mit Abstand am häufigsten genannt (23 %). Auf dem zweiten Rang findet sich ebenso erneut das Thema „Schule und Bildung“ (12 %), nunmehr jedoch etwas häufiger als vor vier Jahren angeführt.

Als weitere wichtige Aufgaben und Themen erweisen sich das Sprachenproblem bzw. die Stärkung und Förderung der deutschen Sprache sowie die Gesundheitspolitik (jeweils 10 %). Auch diese beiden Themenbereiche wurden etwas häufiger als noch 2018 angesprochen. Kontinuierlich gestiegen seit Beginn der Befragungen 2011 auf aktuell 8 Prozent ist auch der Wunsch, mehr für Ältere, Rentner/-innen und beeinträchtigte Personen zu tun. Weitere Anliegen thematisieren das allgemeine Wohlergehen/die soziale Gerechtigkeit und das Problem des Fachkräftemangels bzw. der Abwanderung der (jüngeren) Bevölkerung (jeweils 6 %). Die Bekämpfung des Fachkräftemangels wurde aufgrund der Häufigkeit der Nennungen als neuer Codepunkt in die aktuelle Befragung aufgenommen.

Insgesamt fielen 80 Prozent der Befragten spontan Probleme ein, die in Ostbelgien angegangen werden sollten, das sind 9 Prozentpunkte mehr als noch 2018.

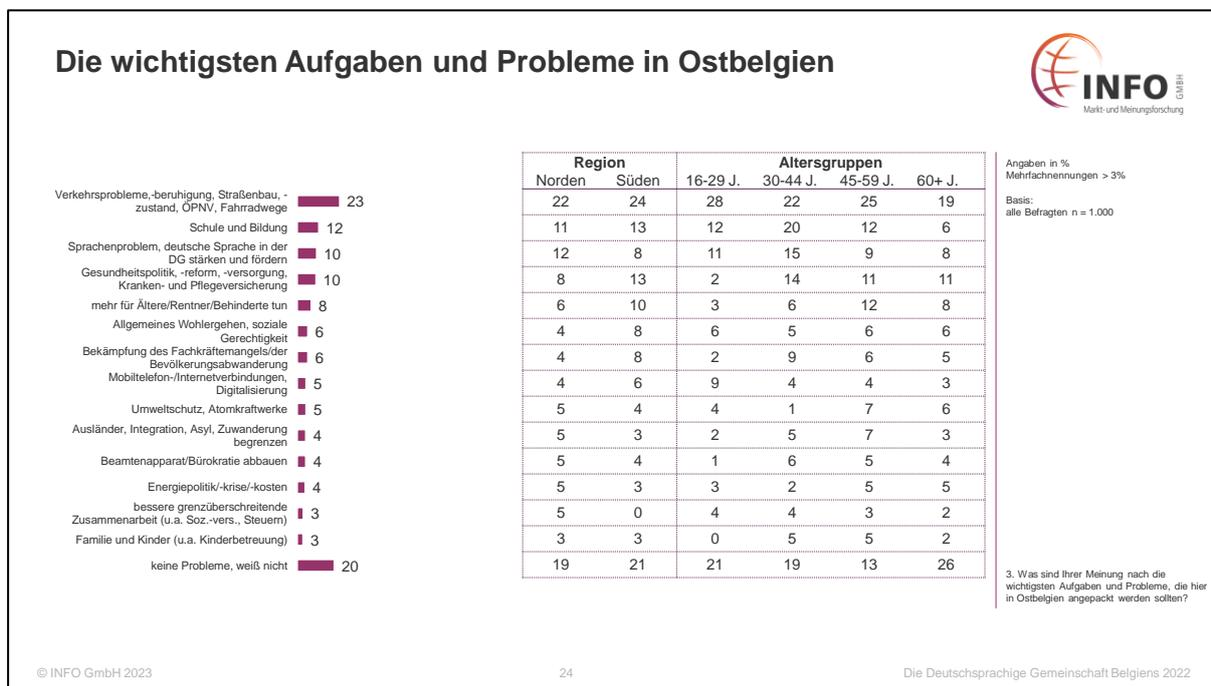


Abbildung 2: Die wichtigsten Aufgaben und Probleme in Ostbelgien (nach Region, Alter)

Von den Befragten aus den nördlichen Gemeinden wurde die fehlende Stärkung und Förderung der deutschen Sprache etwas häufiger als von den Befragten aus den südlichen Gemeinden thematisiert. Häufiger angemahnt wurden von ihnen auch bessere Regelungen bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Deutschland, u. a. die Regelungen bei der Sozialversicherung, bei Steuern und der Gesundheitsversorgung betreffend.

Von den Einwohnerinnen bzw. Einwohnern aus der südlichen Region wurde hingegen etwas häufiger auf Probleme bezüglich der Gesundheitspolitik und -versorgung und dem Einsatz für Ältere, Rentner/-innen und beeinträchtigte Personen eingegangen. Auf die Aufgabenfelder Allgemeines Wohlergehen/soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung des Fachkräftemangels wurde von ihnen doppelt so häufig hingewiesen wie von den Befragten aus der nördlichen Region.

4. PERSÖNLICHE EINSTELLUNGEN UND ZUFRIEDENHEITEN

Drei Viertel der Befragten gaben an, persönlich sehr bzw. eher optimistisch in die Zukunft zu blicken (77 %). Nach den gestiegenen Werten 2018 werden die persönlichen Zukunftsaussichten nunmehr wieder auf dem Niveau von 2014 und damit verhaltener eingeschätzt.

Eher bzw. sehr pessimistisch in die Zukunft blicken vor allem Ältere sowie Befragte, die ihren subjektiven sozialen Status im unteren Bereich bzw. in der unteren Mitte verorten (jeweils 32 %).

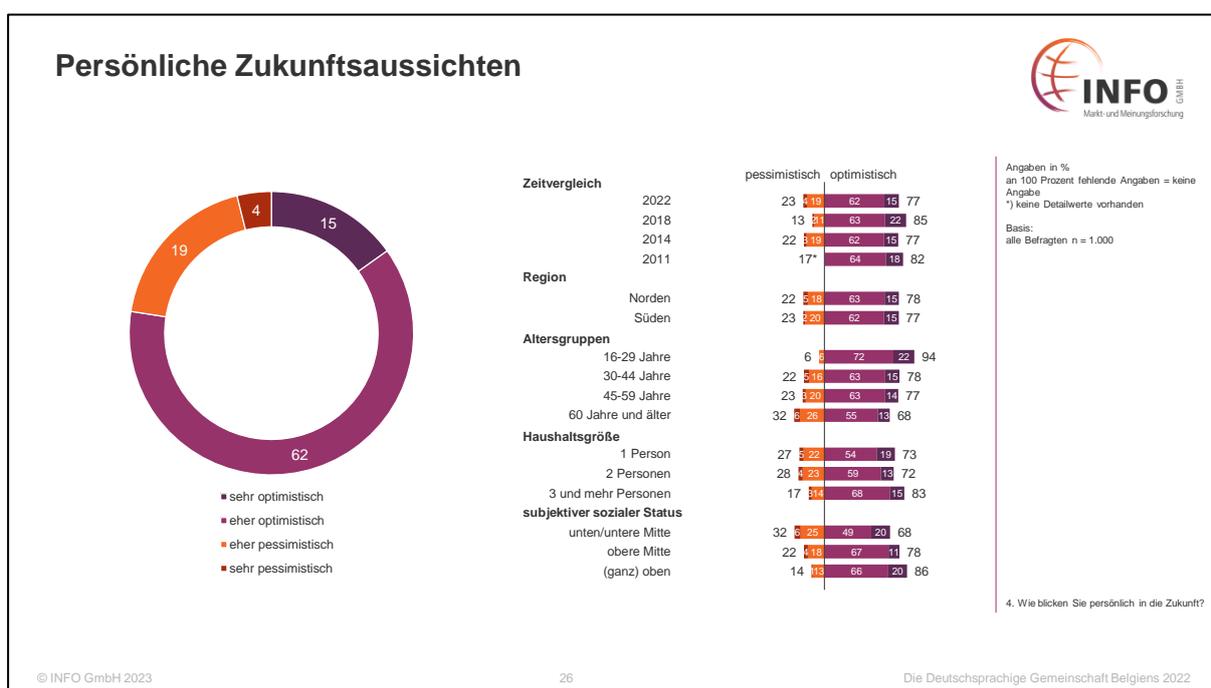


Abbildung 3: Persönliche Zukunftsaussichten

Auch die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien werden zurückhaltender als noch vor vier Jahren beurteilt: Nur noch 70 Prozent (-14 Prozentpunkte gegenüber 2018) schätzen diese als sehr bzw. eher optimistisch ein. Knapp ein Drittel blickt der wirtschaftlichen Zukunft momentan eher oder sehr pessimistisch entgegen (30 %), das ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil wie noch vor vier Jahren. Die aktuellen Werte entsprechen weitgehend dem Niveau der Jahre 2014 und 2011.

Im Vergleich der Altersgruppen äußerten sich 45- bis 59-Jährige am wenigsten optimistisch. Stärker ausgeprägte Unterschiede zeigen sich nach subjektivem sozialem Status: Je geringer dieser ausfällt, umso pessimistischer sehen die Befragten den wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien entgegen.

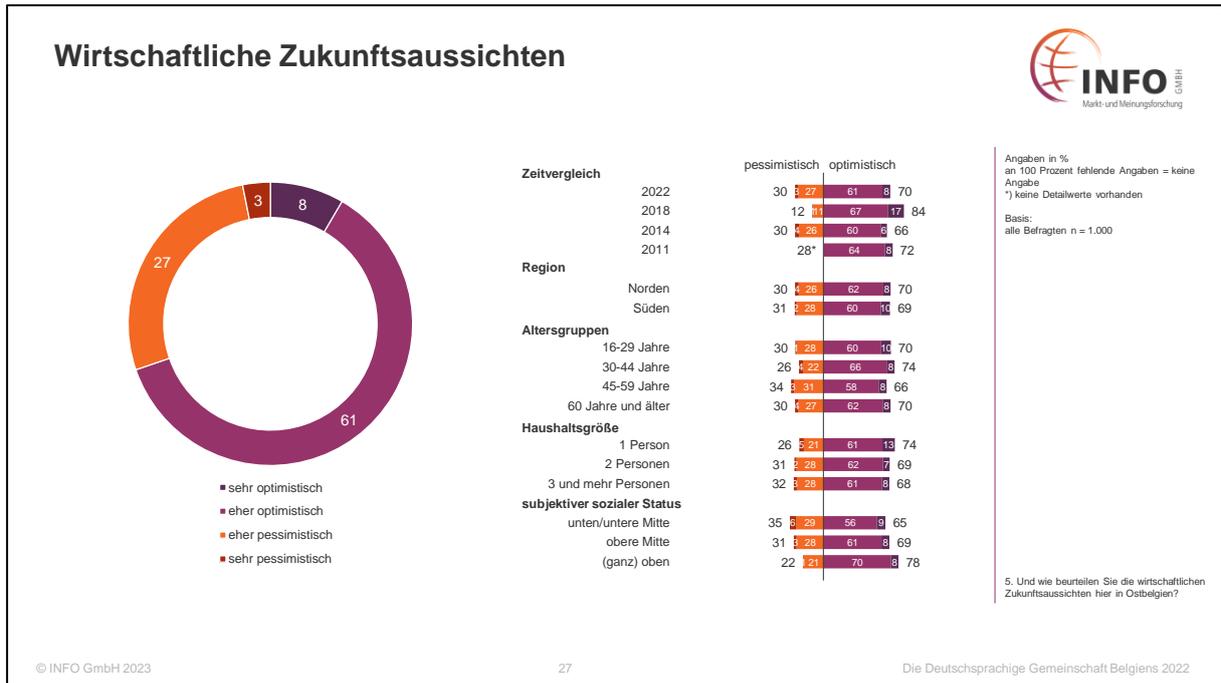


Abbildung 4: Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Im Folgenden wurden den Befragten einige Lebensbereiche mit der Bitte vorgelesen, jeweils anzugeben, wie zufrieden sie mit diesen sind:

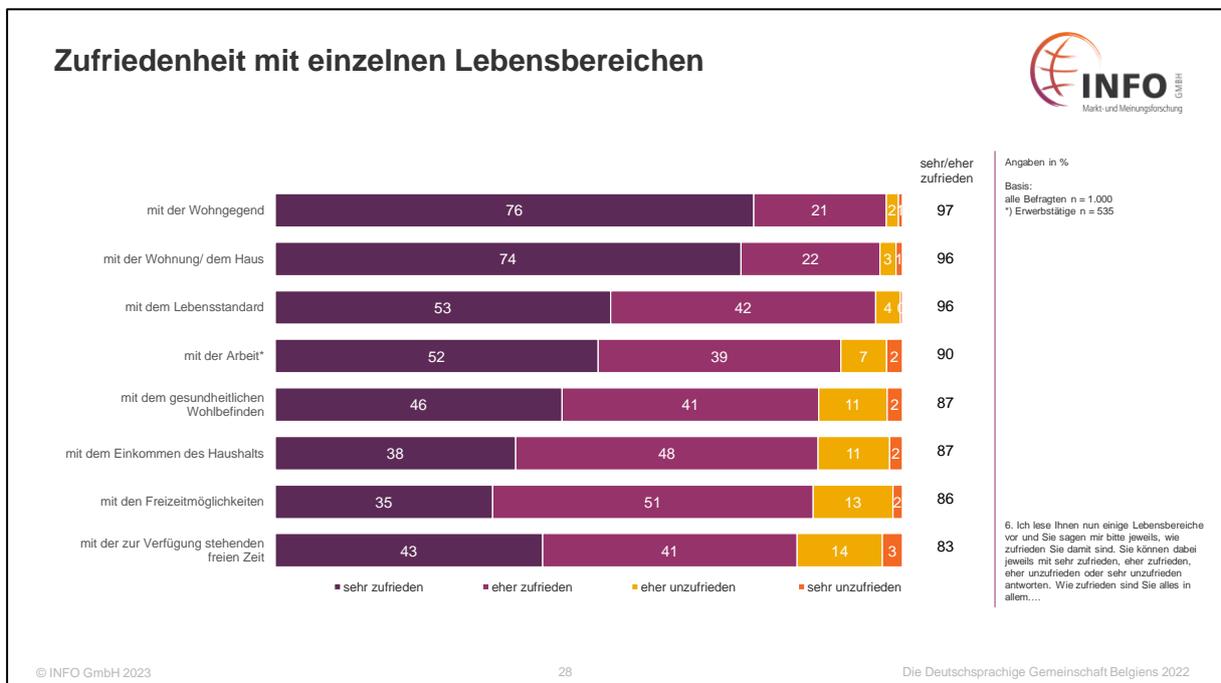


Abbildung 5: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen

Die deutlich überwiegende Mehrheit der Einwohner/-innen im Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist mit den einzelnen Lebensbereichen sehr zufrieden bis eher zufrieden. Besonders hoch ist die Zufriedenheit mit der Wohnsituation: Jeweils drei Viertel der Befragten äußerten sich mit der

Wohngegend bzw. ihrer Wohnung/ihrem Haus sehr zufrieden. Mit dem Lebensstandard bzw. der Arbeit – zu diesem Aspekt wurden allerdings nur Erwerbstätige befragt – zeigt sich jede bzw. jeder Zweite sehr zufrieden.

Im Zeitvergleich betrachtet, bewegen sich die aktuellen Werte nahezu auf dem Niveau von 2018. Etwas gesunken ist die Zufriedenheit mit der zur Verfügung stehenden freien Zeit.

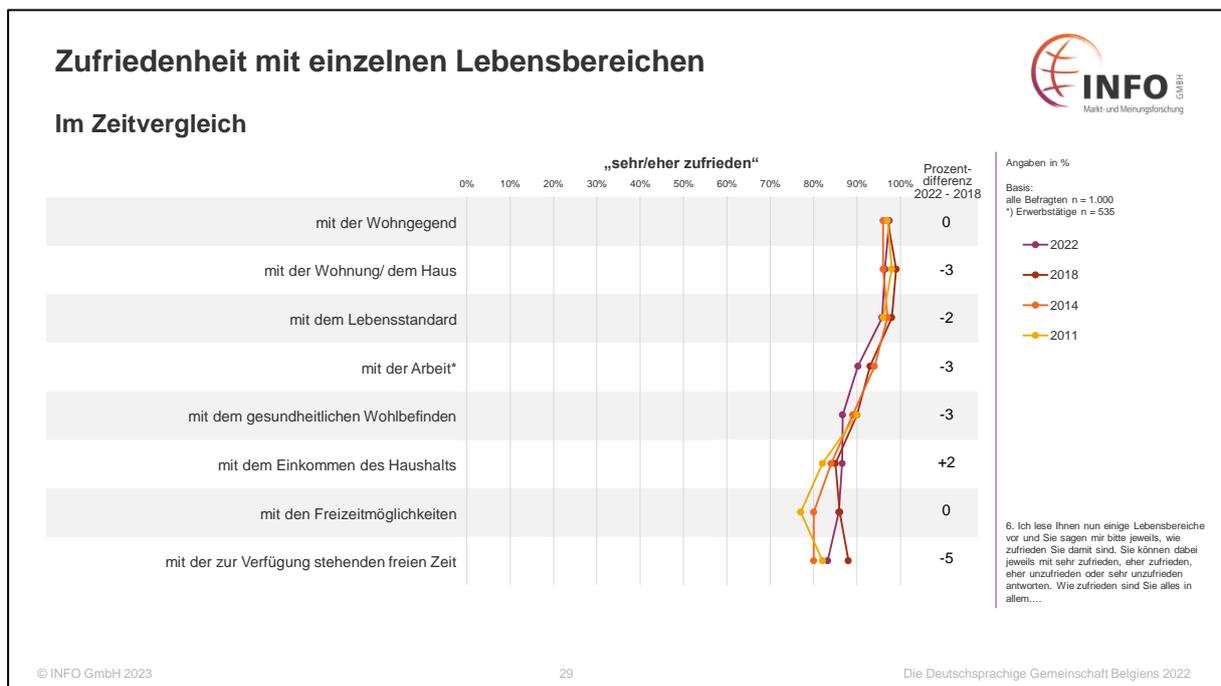


Abbildung 6: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen (im Zeitvergleich)

Während nach regionaler Zuordnung kaum nennenswerte Unterschiede festzustellen sind – Ausnahme bilden die Freizeitmöglichkeiten und die Haushaltseinkommen, mit denen die Befragten aus dem Norden etwas weniger zufrieden als die Befragten aus dem Süden sind –, zeigen sich z.T. deutliche altersspezifische Unterschiede. So besteht die im Vergleich geringste Zufriedenheit mit den Freizeitmöglichkeiten und mit dem Lebensstandard bei den unter 30-Jährigen. Am wenigsten zufrieden mit der zur Verfügung stehenden freien Zeit sind die 30- bis 44-Jährigen, während erwartungsgemäß bei 60-Jährigen und Älteren bezüglich der frei verfügbaren Zeit die größte Zufriedenheit herrscht.

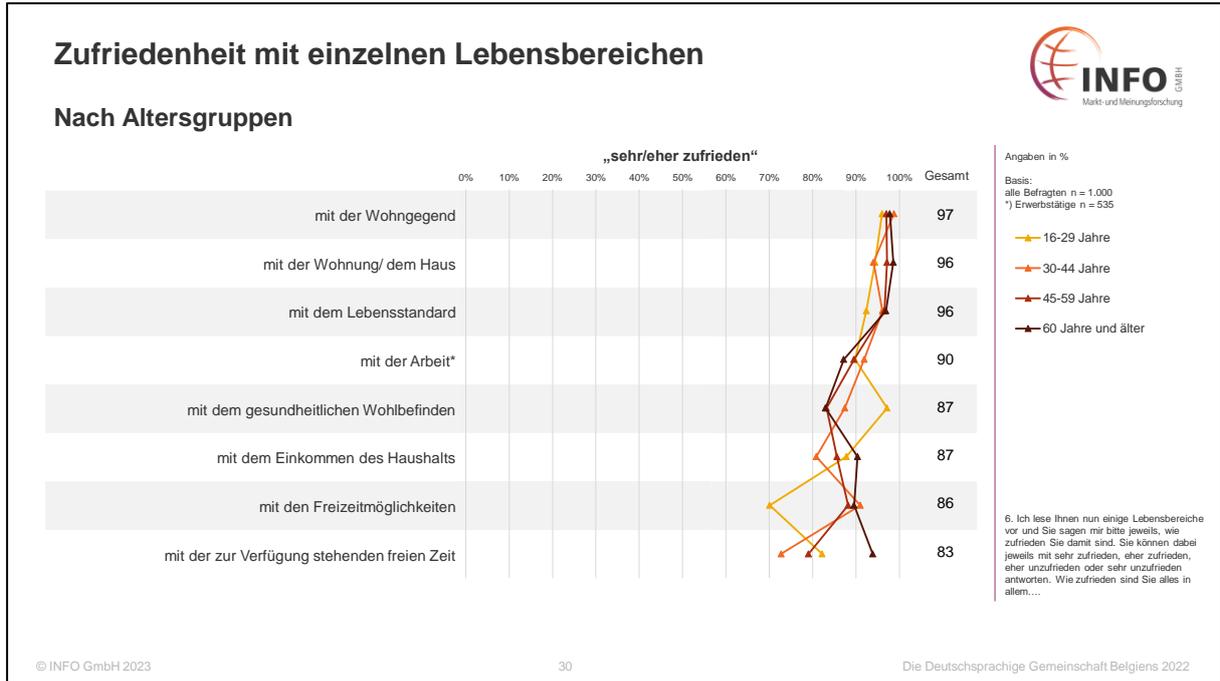


Abbildung 7: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen (nach Alter)

5. DIE IDENTITÄT DER BÜRGER/-INNEN

89 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre Muttersprache, d. h. die Sprache, die sie als erste gelernt haben, Deutsch sei. Das ist ein geringfügig niedrigerer Anteil als noch vor vier Jahren. In den letzten Jahren kontinuierlich auf inzwischen 9 Prozent gestiegen ist der Anteil derer, die als erste Sprache Französisch gelernt haben.

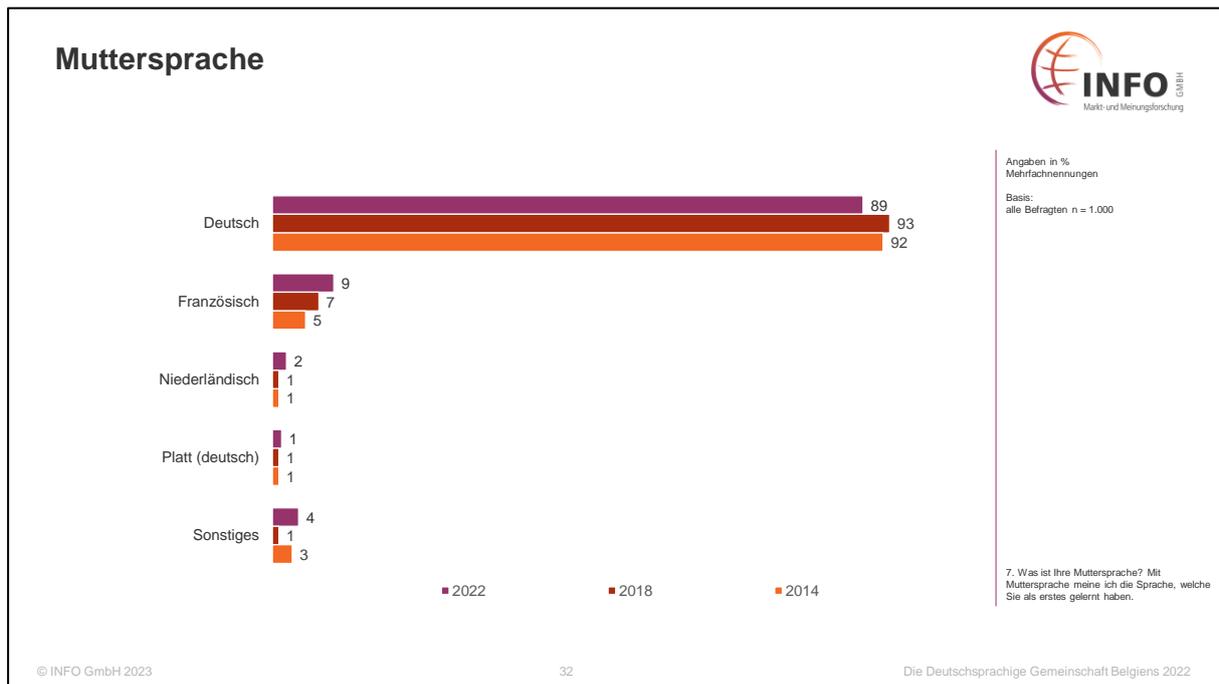


Abbildung 8: Muttersprache

Die Hälfte der befragten Einwohner/-innen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab an, „Platt“ zu verstehen und zu sprechen (50 %). Weitere vier von zehn Befragten sprechen den Dialekt zwar nicht, verstehen ihn aber (39 %). 11 Prozent können „Platt“ weder verstehen noch sprechen.

Seit 2011 ist der Anteil derer, die zumindest „Platt“ verstehen, relativ konstant geblieben (aktuell 89 Prozent). In den letzten vier Jahren jedoch nennenswert gesunken ist der Anteil der Einwohner/-innen, die „Platt“ nicht nur verstehen, sondern auch sprechen (Rückgang um 13 Prozentpunkte auf aktuell 50 Prozent).

Der Dialekt wird besonders häufig in den südlichen Gemeinden (69 %) und von 60-Jährigen und Älteren (67 %) gesprochen. Von den Befragten der jüngsten Altersgruppe äußerte nur ein Viertel, „Platt“ zu sprechen (23 %). Auffällig ist auch das Gefälle nach Bildungsabschluss: Mit formal höherer Bildung sprechen die Befragten den Dialekt seltener.

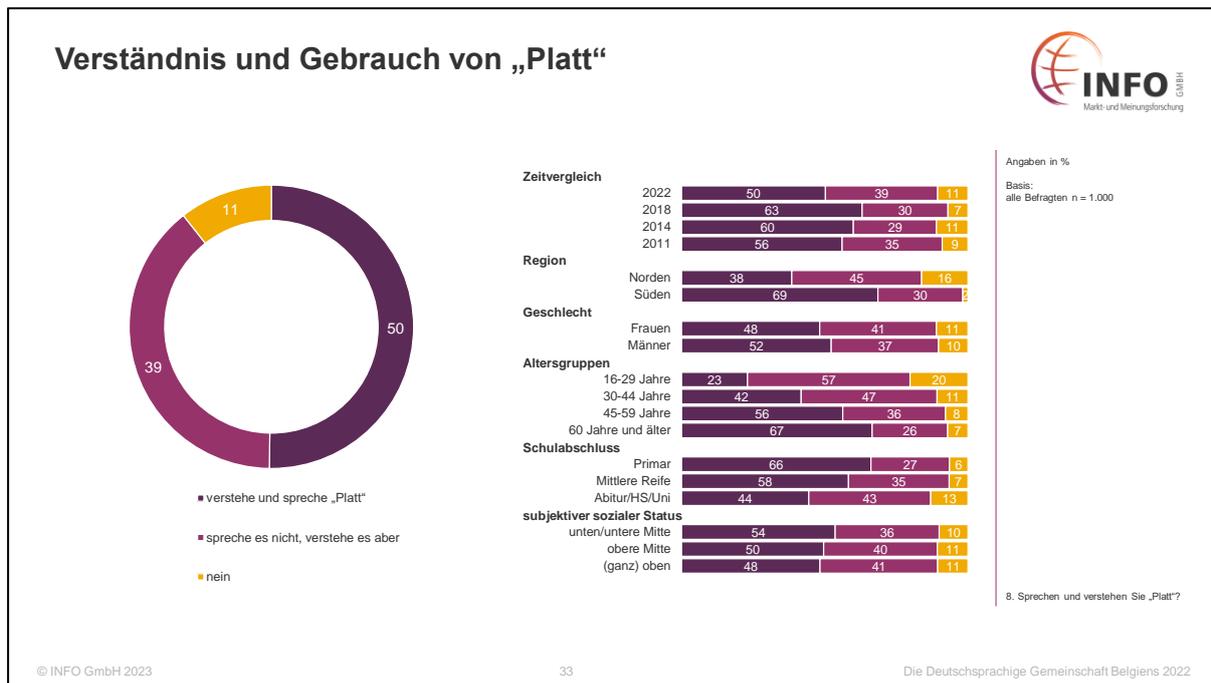


Abbildung 9: Verständnis und Gebrauch von „Platt“

In der folgenden Frage geht es um das Heimatverständnis. Die Befragten wurden gebeten anzugeben, was sie auf die Frage antworten würden, in welcher Gegend sie zuhause sind:

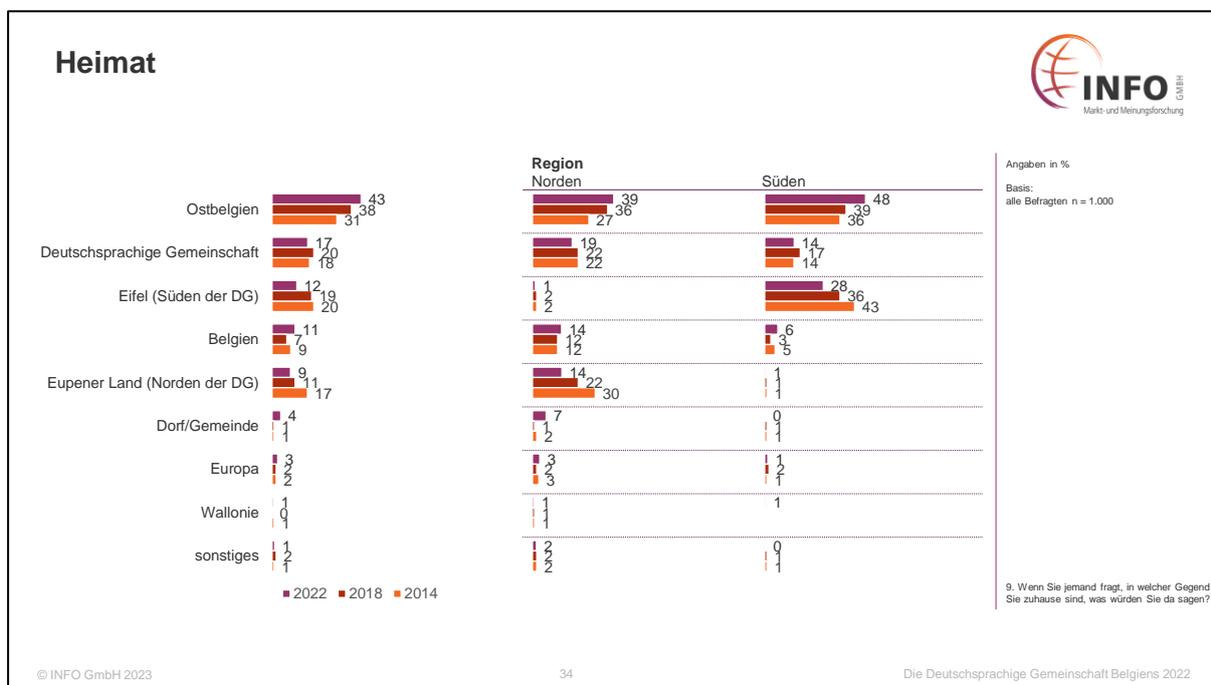


Abbildung 10: Heimat

Mehr als vier von zehn Befragten beantworteten die Frage mit „Ostbelgien“ (43 %). Dieser Anteil ist seit 2014 stetig gewachsen (um insgesamt 12 Prozentpunkte). Die Zunahme vollzog sich in den letzten vier Jahren vor allem bei den Einwohnerinnen bzw. Einwohnern der südlichen Region (um 9 Prozentpunkte).

Im Unterschied zur letzten Befragung geben nunmehr nennenswert mehr Befragte aus dem Süden als aus dem Norden an, sich in Ostbelgien zuhause zu fühlen (48 % vs. 39 %).

Seit 2014 kontinuierlich zurückgegangen sind die Nennungen für das Eupener Land durch die Bewohner/-innen des Nordens und für die Eifel durch die der südlichen Gemeinden. Momentan fühlen sich 14 Prozent der Einwohner/-innen aus den nördlichen Gemeinden im Eupener Land heimisch, der Anteil hat sich gegenüber 2014 (30 %) halbiert. Auch die Häufigkeit der Nennungen für die Eifel durch die Bewohner/-innen des Südens ist seit Jahren rückläufig, der aktuelle Anteilswert (28 %) liegt aber auf doppelt so hohem Niveau wie bei den Befragten des Nordens für deren Region.

Nach „Ostbelgien“ sehen die Befragten am ehesten die Deutschsprachige Gemeinschaft als ihre Heimat an (17 %). 11 Prozent gaben an, dass sie sich im Land Belgien zuhause fühlen.

Neben dem Heimatbezug wurde auch die Verbundenheit mit verschiedenen geopolitischen Bezügen, darunter der Nachbarschaft, dem Wohnort, Belgien und der Europäischen Union erfragt:

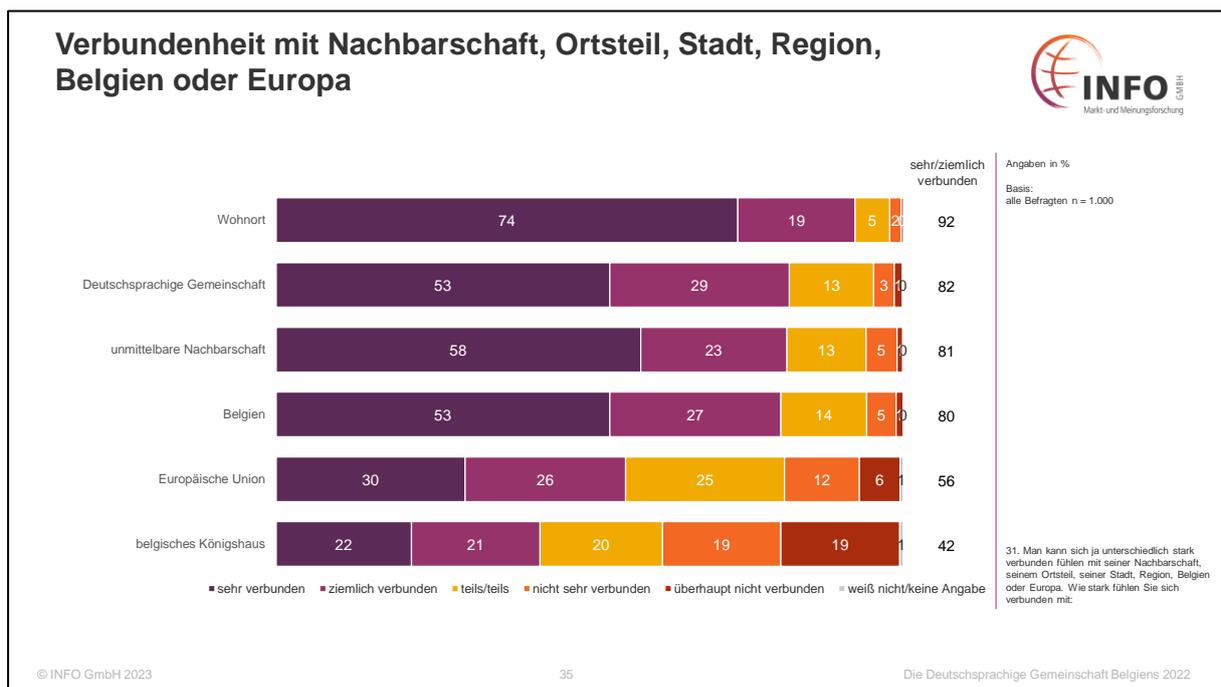


Abbildung 11: Geopolitische Verbundenheit

Am engsten fühlen sich die Befragten mit ihrem Wohnort verbunden („sehr verbunden“/„ziemlich verbunden“: 92 %), darunter mehrheitlich sehr verbunden (74 %). Relativ gleich stark ist die Bindung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, die unmittelbare Nachbarschaft und Belgien ausgeprägt (jeweils ca. 80 Prozent in den Top-Box-Werten). Dahinter bleiben die Verbundenheit mit dem belgisches Königshaus (42 %) und der Europäischen Union (56 %) merklich zurück.

Befragte aus den nördlichen Gemeinden fühlen sich stärker mit der Europäischen Union (+14 Prozentpunkte), mit Belgien (+8 Prozentpunkte) und auch mit der Deutschsprachigen

Gemeinschaft (+6 Prozentpunkte) verbunden als die Befragten aus dem südlichen Teil.

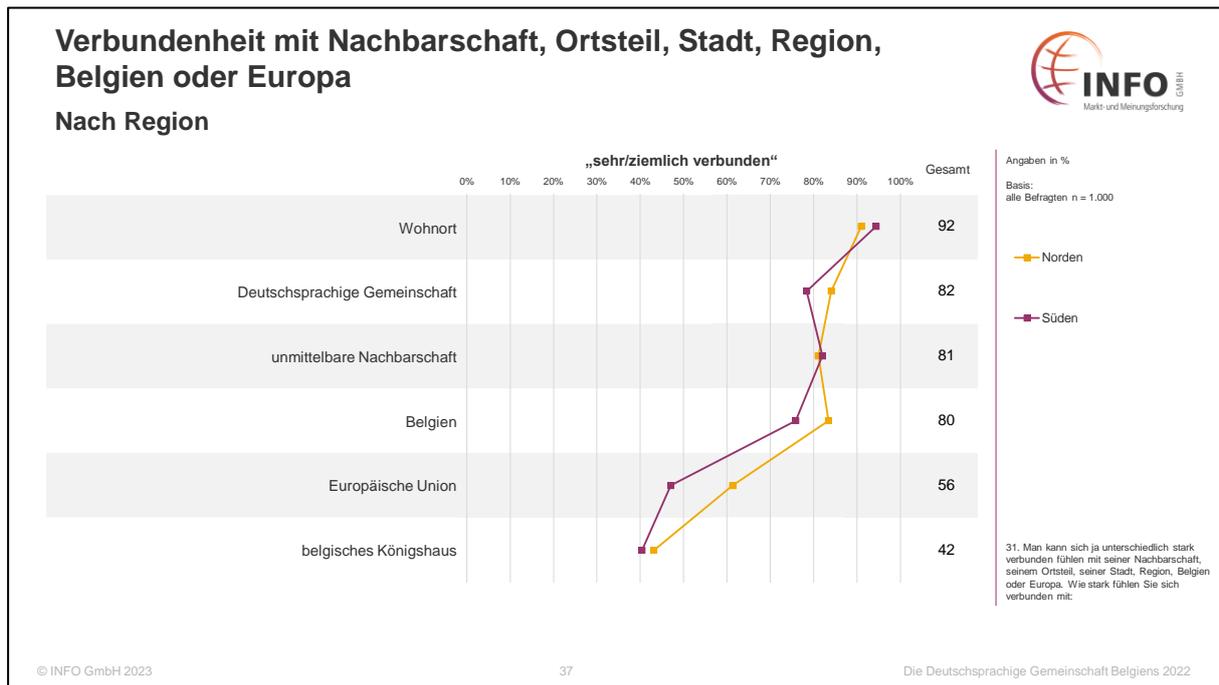


Abbildung 12: Geopolitische Verbundenheit (nach Region)

Größere Ausprägungsunterschiede zeigen sich auch nach dem Alter der Befragten: Während die vier Altersgruppen in ihrer Verbundenheit mit dem Wohnort und der Deutschsprachigen Gemeinschaft weitgehend übereinstimmen, sind vor allem hinsichtlich der Verbundenheit mit dem belgischen Königshaus bzw. Belgien nennenswerte Unterschiede feststellbar. Je jünger die Befragten, umso weniger fühlen sie sich mit dem belgischen Königshaus verbunden. Es besteht ein erhebliches Gefälle: 16- bis 29-Jährige fühlen sich zu 24 Prozent mit dem Königshaus sehr bzw. ziemlich verbunden, bei den 60-Jährigen und Älteren ist der Anteil mehr als doppelt so hoch (54 %). Mit Belgien fühlen sich die Befragten der höchsten Altersgruppe deutlich mehr verbunden als die Befragten der drei jüngeren Altersgruppen.

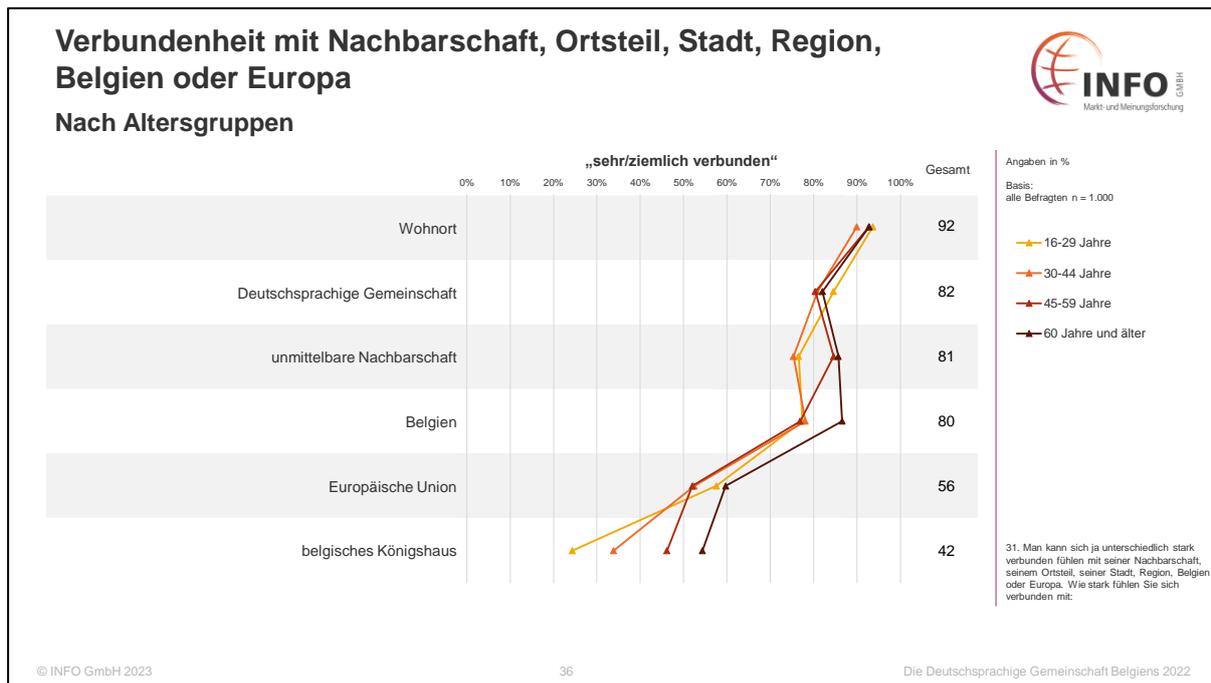


Abbildung 13: Geopolitische Verbundenheit (nach Alter)

Gebürtige Ostbelgier/-innen und später zugezogene Einwohner/-innen fühlen sich gleich stark mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbunden. Die Differenzen nach Wohndauer betreffen vor allem die Verbundenheit mit dem belgischen Königshaus sowie der Europäischen Union: In Ostbelgien geborene Befragte lassen eine engere Verbundenheit mit dem belgischen Königshaus erkennen, später Zugezogene mit der Europäischen Union. Befragte, die seit ihrer Geburt in Ostbelgien leben, fühlen sich zudem etwas stärker ihrem Wohnort und Belgien verbunden als zugezogene Bewohner/-innen.

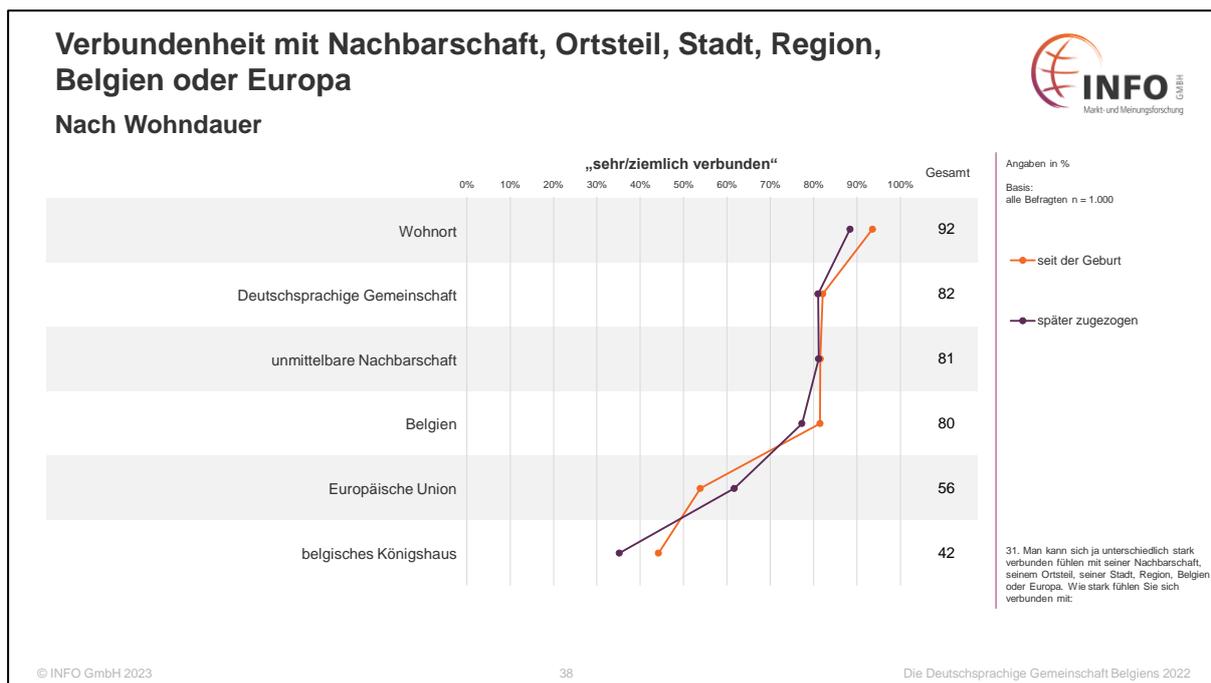


Abbildung 14: Geopolitische Verbundenheit (nach Wohndauer)

6. EINSCHÄTZUNGEN ZUM ZUSAMMENLEBEN IN OSTBELGIEN

Nach Ansicht von einem Viertel der Befragten gibt es (sehr) große Probleme beim Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern in Ostbelgien (24 %). Gegenüber 2018 ist der Anteil um 5 Prozentpunkte gestiegen, liegt aber dennoch deutlich unter dem Niveau von 2014 (31 %).

In ihrer Einschätzung unterscheiden sich die Befragten aus dem Norden der Deutschsprachigen Gemeinschaft kaum von denen aus dem Süden. Im Vergleich der Altersgruppen sehen 45- bis 59-Jährige häufiger Probleme als die Befragten der drei anderen Altersgruppen. Auffälligkeiten sind auch nach Wohndauer zu registrieren: Gebürtige Ostbelgier/-innen erkennen im Zusammenleben mit Zuwanderern häufiger Probleme als später zugezogene Personen.

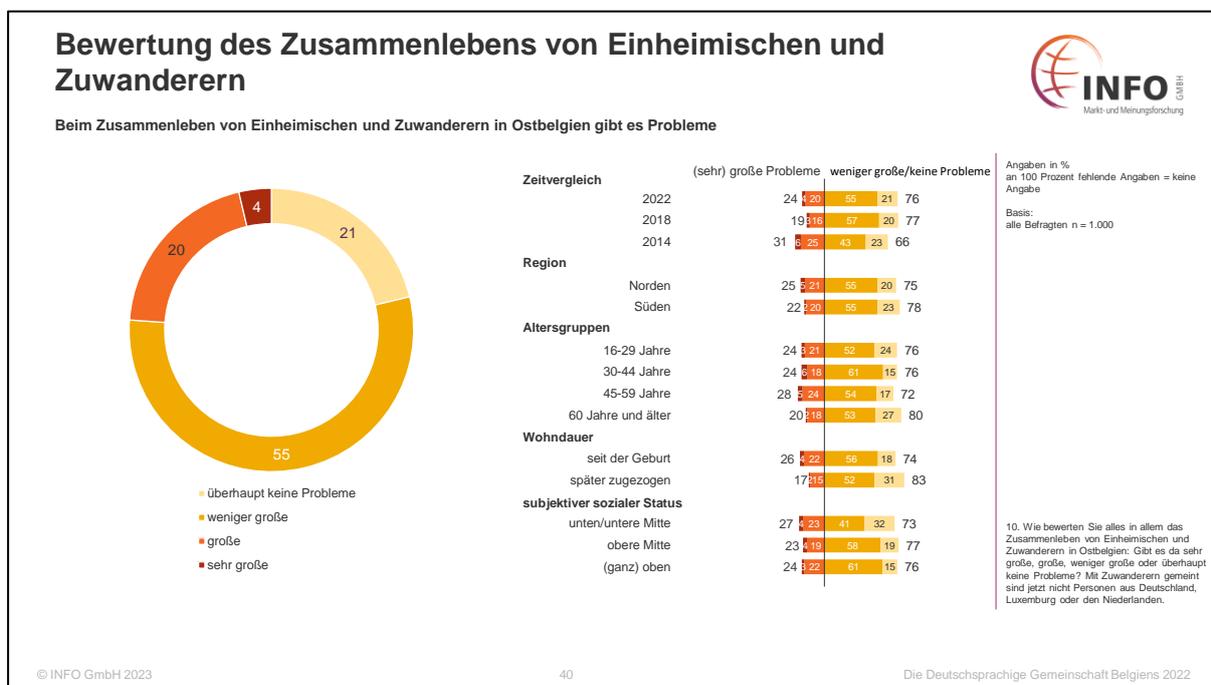


Abbildung 15: Bewertung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderern

Befragte, nach deren Einschätzung es sehr große oder große Probleme gibt, wurden gefragt, um welche Probleme es sich dabei handelt. Die Antworten auf die offene Frage werden auf Basis aller Befragten dargestellt:

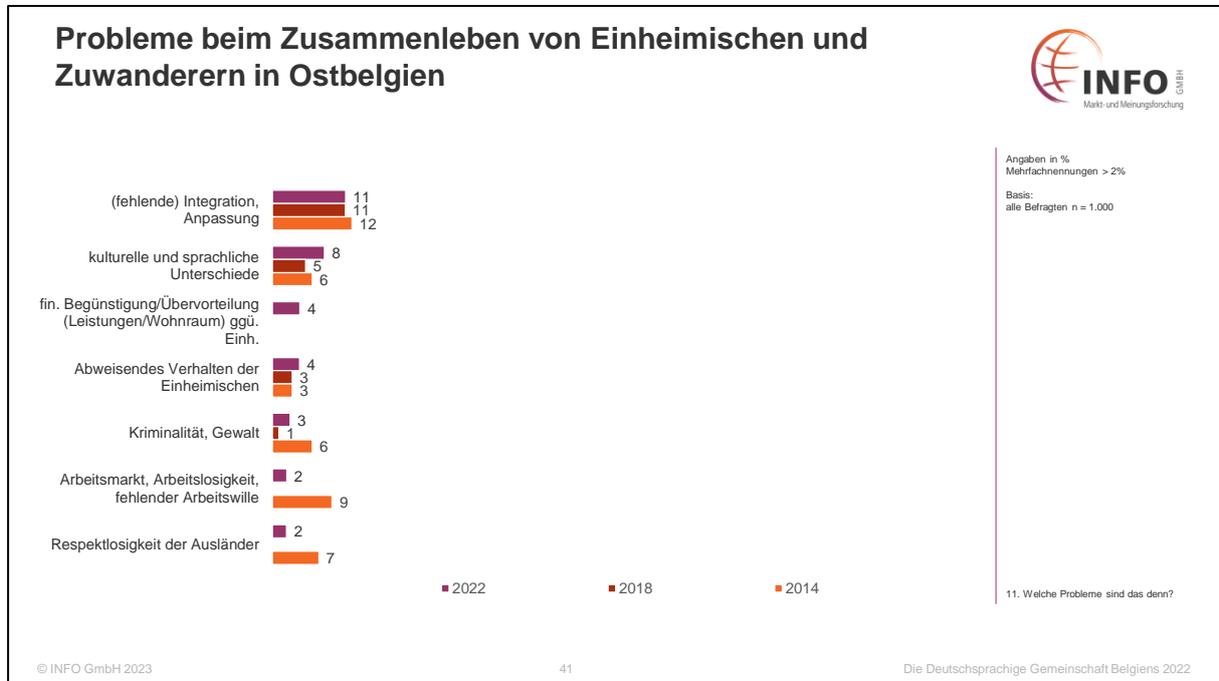


Abbildung 16: Probleme beim Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern

Probleme im Zusammenleben werden vor allem auf die fehlende Integration, Anpassung der Zugezogenen (11 %) sowie auf kulturelle und sprachliche Unterschiede zwischen Ansässigen und Zuwanderern (8 %) zurückgeführt.

7. KONSUMVERHALTEN UND INANSPRUCHNAHME VON DIENSTLEISTUNGEN

Nachfolgend wurden die Befragten gebeten anzugeben, wo sie in der Regel einkaufen bzw. ausgewählte Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Die Frage war jeweils als Mehrfachantwort angelegt:

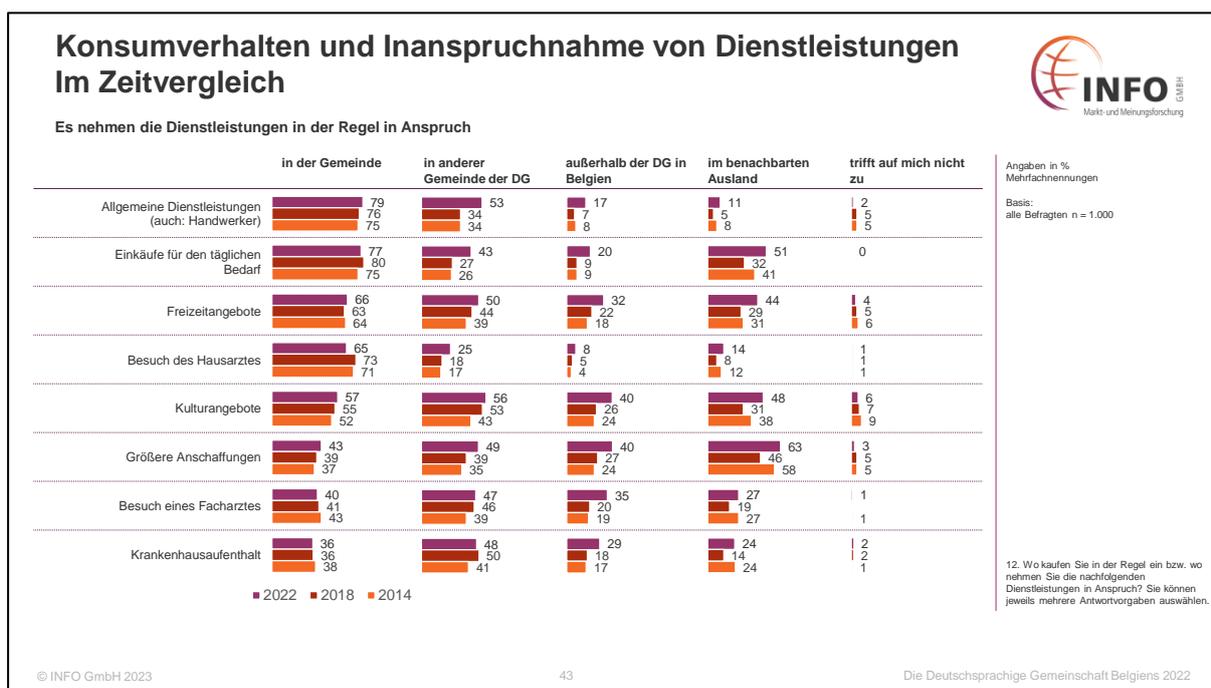


Abbildung 17: Konsumverhalten/Inanspruchnahme von Dienstleistungen (im Zeitvergleich)

Am ehesten in der eigenen Gemeinde werden nach wie vor allgemeine Dienstleistungen in Anspruch genommen (79 %) sowie Einkäufe für den täglichen Bedarf getätigt (77 %). Jeweils zwei Drittel nutzen Freizeitangebote innerhalb der Gemeinde (66 %) oder haben ihren Hausarzt dort (65 %, jedoch Rückgang um 8 Prozentpunkte gegenüber 2018). Kulturangebote werden gleich häufig in der eigenen Gemeinde (57 %) wie in anderen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft (56 %) genutzt, größere Anschaffungen werden vornehmlich im benachbarten Ausland getätigt (63 %). Der Besuch von Fachärzten und Krankenhausaufenthalte erfolgen am häufigsten in anderen Gemeinden der Gemeinschaft (47 % bzw. 48 %). Auffällig ist insgesamt, dass bei im Zeitvergleich relativ konstanten Anteilswerten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen vor Ort bei der überwiegenden Mehrheit der Dienstleistungen häufiger als in den Vorjahren zusätzlich Anbieter in anderen Regionen genutzt werden.

Die Befragten aus der südlichen Region nehmen allgemeine Dienstleistungen in der eigenen Gemeinde merklich häufiger in Anspruch als die Befragten aus der nördlichen Region (87 % vs. 74 %). Ebenso verhält es sich mit Freizeitangeboten (73 % vs. 61 %) und der Tötigung von größeren Anschaffungen

(51 % vs. 38 %). Auch die Einkäufe für den täglichen Bedarf werden von den Einwohnerinnen und Einwohnern der südlichen Gemeinden etwas häufiger vor Ort getätigt als von denen in den nördlichen. Ihren Hausarzt haben die Befragten aus der südlichen Region nennenswert häufiger (72 %) in der Gemeinde als die Befragten aus dem Norden (60 %). Der Besuch eines Facharztes findet bei ihnen jedoch etwas seltener vor Ort statt. Sie suchen merklich häufiger als die Einwohner/-innen aus der nördlichen Region Fachärzte in anderen Gemeinden und außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien auf.

Die Befragten aus der südlichen Region orientieren sich bei ihren Einkäufen und der Erledigung von Dienstleistungen insgesamt etwas häufiger auch an den Angeboten in anderen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft als die Befragten aus der nördlichen Region. Neben Facharztbesuchen betrifft dies auch Krankenhausaufenthalte, größere Anschaffungen, Hausarztbesuche, Kulturangebote und Einkäufe für den täglichen Bedarf. Die Einwohner/-innen aus den nördlichen Gemeinden nehmen hingegen Dienstleistungen häufiger im benachbarten Ausland in Anspruch. Insbesondere handelt es sich dabei um medizinische Leistungen wie Krankenhausaufenthalte, Facharzt- und Hausarztbesuche. Darüber hinaus finden auch die Kultur- und Freizeitaktivitäten der Bewohner/-innen aus der nördlichen Region häufiger in den Nachbarländern statt. Auch die Einkäufe für den täglichen Bedarf werden von den Befragten aus dem Norden Ostbelgiens häufiger im benachbarten Ausland als von denen aus dem Süden getätigt.

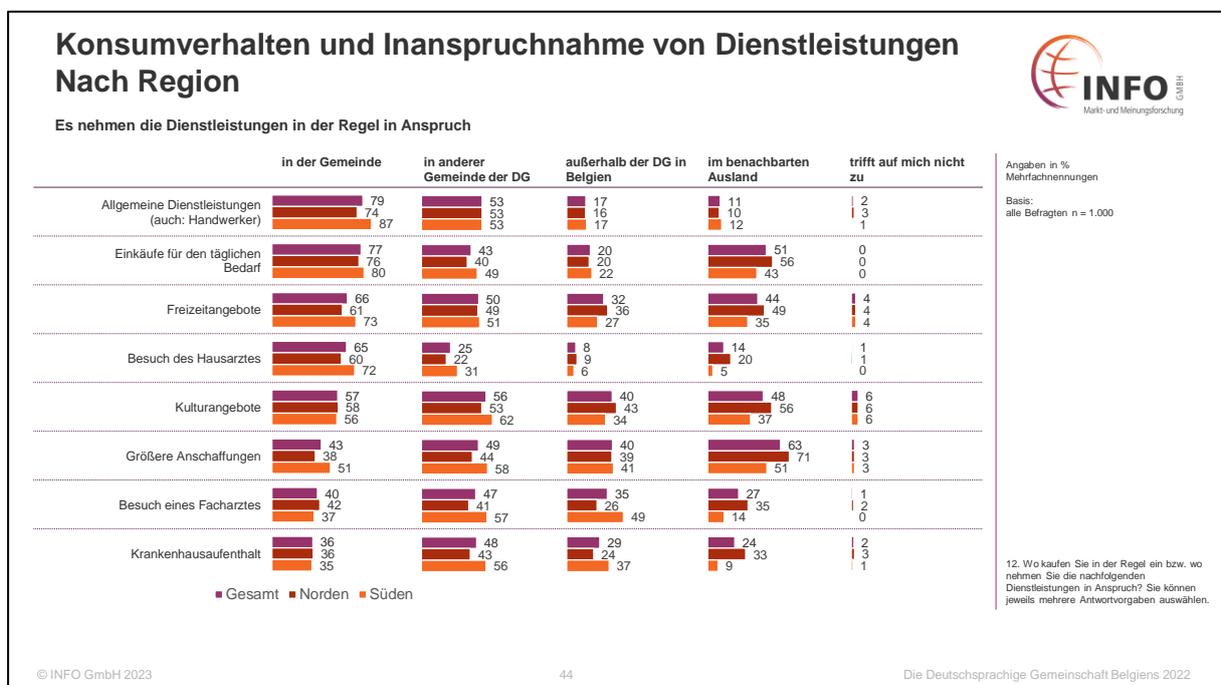


Abbildung 18: Konsumverhalten/Inanspruchnahme von Dienstleistungen (nach Region)

Etwa jede bzw. jeder zweite Befragte achtet beim Kauf von Lebensmitteln fast immer oder meistens

darauf, dass diese Produkte aus der Region stammen (52 %), – das sind etwas weniger als noch vor vier Jahren (57 %), aber deutlich mehr als noch 2014 (39 %). Nur 13 Prozent berücksichtigen beim Kauf nie, ob das Produkt einen regionalen Ursprung hat.

Die regionale Herkunft der Lebensmittel spielt vor allem für Frauen, für Befragte ab 45 Jahren und Befragte, die ihren subjektiven sozialen Status in der oberen Mitte oder (ganz) oben verorten, eine Rolle.

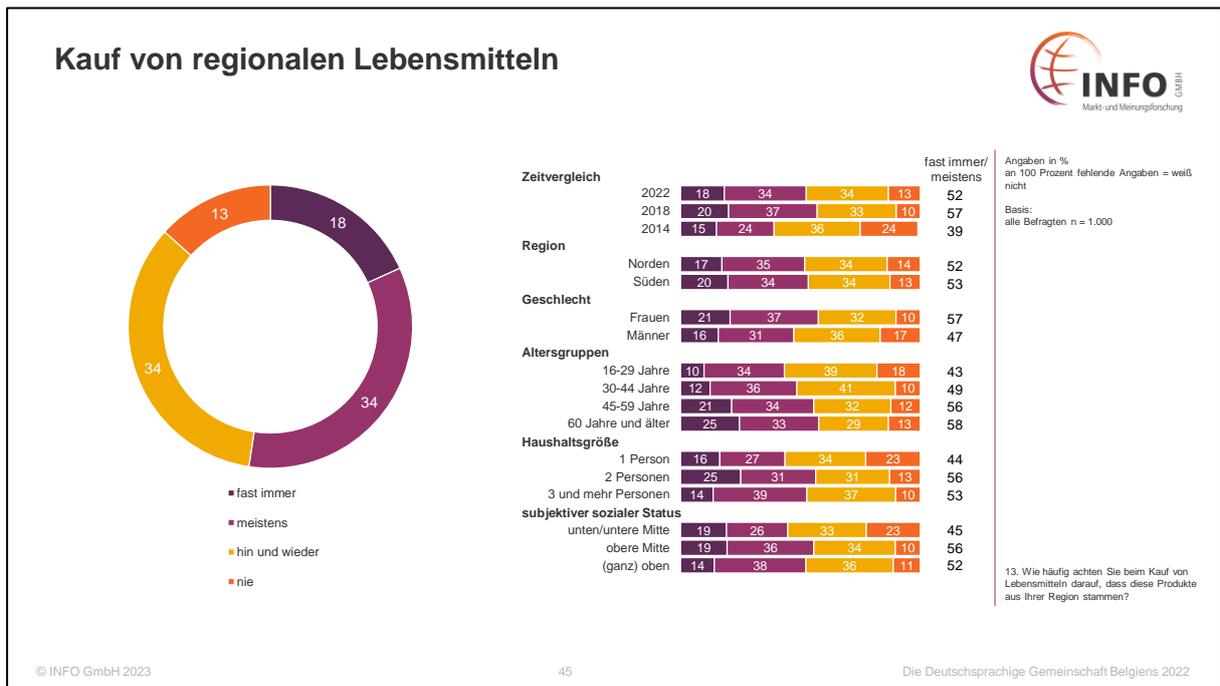


Abbildung 19: Kauf von regionalen Lebensmitteln

8. POLITISCHES INTERESSE UND BÜRGERBETEILIGUNG

Im folgenden Abschnitt stehen das Interesse an und die Zufriedenheit mit dem politischen Geschehen, die Beurteilung der Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie die Bekanntheit von Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Mittelpunkt.

8.1. Politisches Interesse und Zufriedenheit mit dem politischen Geschehen

Zunächst wurde das Politikinteresse auf verschiedenen Ebenen erfragt:

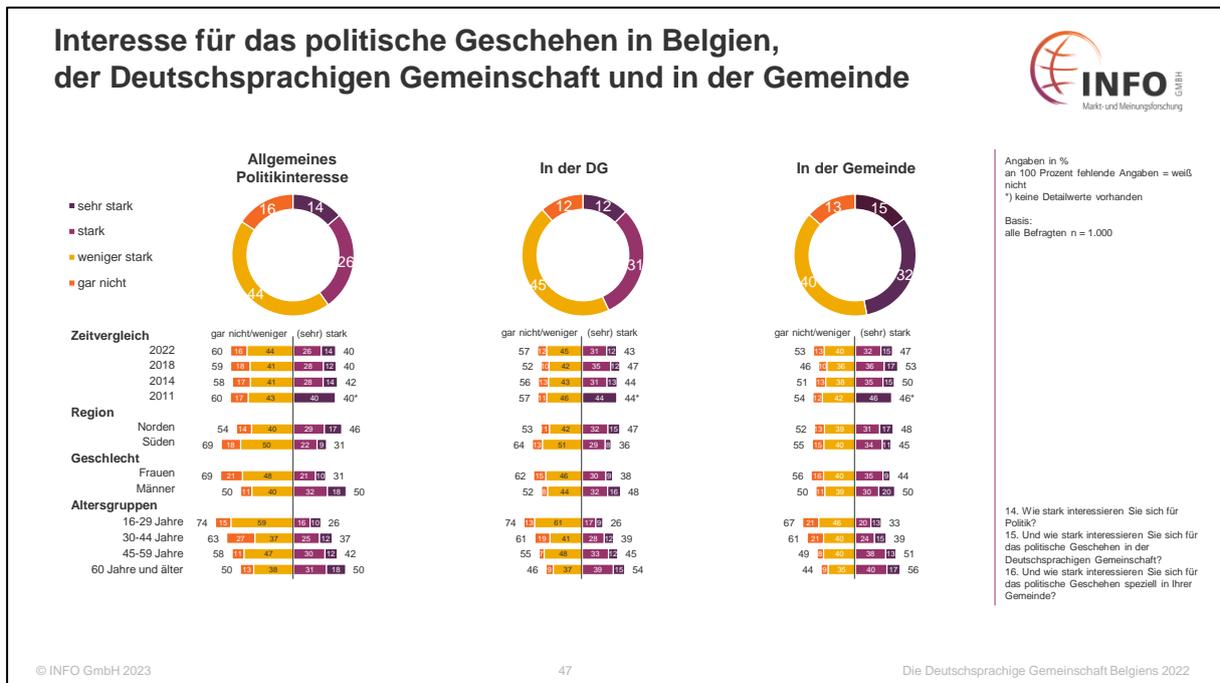


Abbildung 20: Interesse für das politische Geschehen

Das Politikinteresse ist eher verhalten: Am ehesten sind die Befragten am politischen Geschehen in der eigenen Gemeinde interessiert („(sehr) stark“: 47 %) vor dem Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (43 %) und an allgemeiner Politik (40 %). Während das allgemeine Politikinteresse seit 2011 weitgehend unverändert geblieben ist, ist das Interesse am Geschehen in der Gemeinde und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach der leichten Zunahme von vor vier Jahren nunmehr wieder tendenziell zurückgegangen.

Am politischen Geschehen insgesamt sowie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die Einwohner/-innen der nördlichen Gemeinden deutlich interessierter als die Einwohner/-innen der

südlichen. Es lassen sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen: Bei Männern ist nicht nur das allgemeine Politikinteresse deutlich höher als bei Frauen, auch für das politische Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in der Gemeinde zeigen sie ein nennenswert höheres Interesse. Nach Altersgruppen betrachtet steigt das Politikinteresse mit dem Alter merklich an. Am größten ist die Spannweite bei der Interessiertheit am politischen Geschehen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Während ca. ein Viertel der 16- bis 29-Jährigen angab, sich (sehr) stark zu interessieren, äußerte mehr als die Hälfte der 60-Jährigen und Älteren ein starkes bzw. sehr starkes Interesse.

Neben dem Interesse wurde auch die Zufriedenheit mit der Gestaltung der Politik auf verschiedenen Ebenen ermittelt:

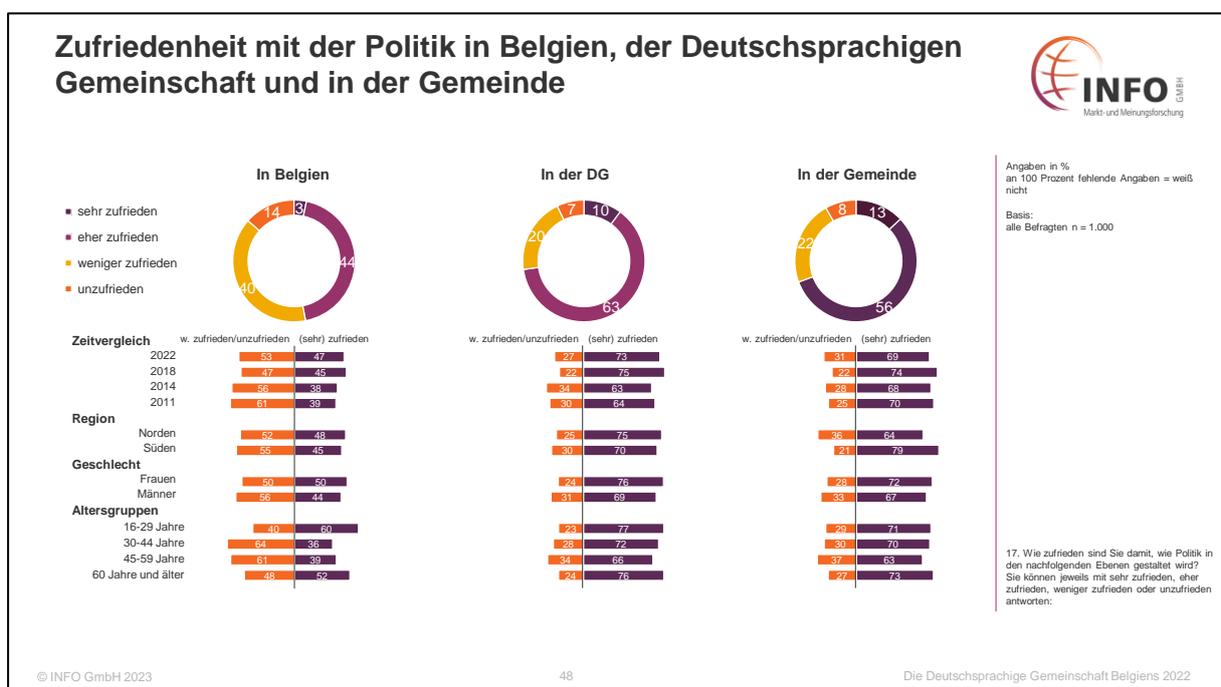


Abbildung 21: Zufriedenheit mit der Politik

Die Zufriedenheit mit der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft („sehr/eher zufrieden“: 73 %) und in der Gemeinde (69 %) fällt deutlich höher als die Zufriedenheit mit der Politik in Belgien insgesamt (47 %) aus. Die Zufriedenheitswerte für die Gestaltung der Politik auf Landesebene bzw. auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegen auf ähnlichem Niveau wie 2018, die Zufriedenheit mit der Politik in der eigenen Gemeinde ist hingegen wieder auf das Niveau von 2014 gesunken.

Die Einwohner/-innen in den nördlichen Gemeinden sind tendenziell etwas zufriedener mit der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in Belgien insgesamt als die Einwohner/-innen in den südlichen Gemeinden. Dafür sind sie jedoch merklich unzufriedener, was die Gestaltung der Politik in der Gemeinde betrifft (Differenz um 15 Prozentpunkte).

Männliche Befragte und die Befragten der beiden mittleren Altersgruppen sind tendenziell mit der

Gestaltung der Politik auf den verschiedenen Ebenen etwas unzufriedener als weibliche Befragte und die Befragten der beiden übrigen Altersgruppen.

Im Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der politischen Gestaltung wurden die Befragten auch um ihren Eindruck gebeten, ob sie genügend politische Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten haben:

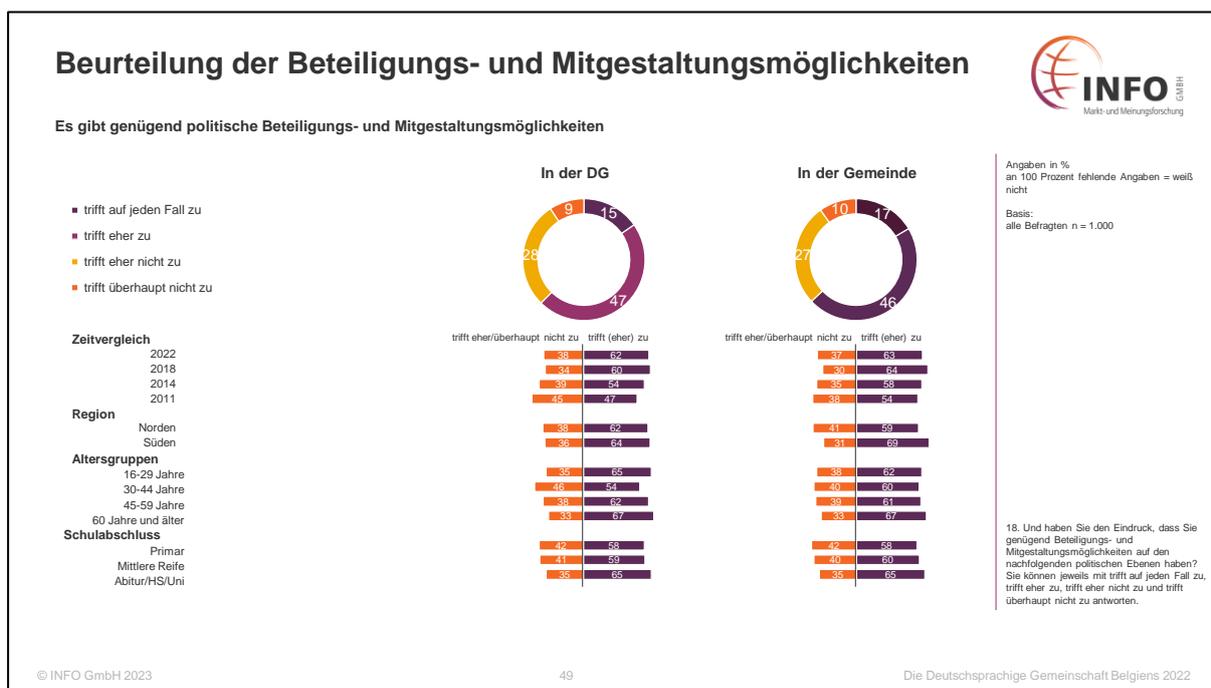


Abbildung 22: Beurteilung der Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten

Jeweils knapp zwei Drittel der Befragten bejahten die Aussagen, dass es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. in der Gemeinde genügend politische Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten gebe („trifft auf jeden Fall/eher zu“: 62 % bzw. 63 %). Beide Zustimmungswerte bewegen sich auf nahezu gleichem Niveau wie vor vier Jahren.

In Übereinstimmung mit der niedrigeren Zufriedenheit hinsichtlich der Politikgestaltung in der Gemeinde werden auch die politischen Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Nordens kritischer als von denen des Südens beurteilt.

Mit steigendem Bildungsniveau werden tendenziell die Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten positiver eingeschätzt.

8.2. Bekanntheit von Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die beiden folgenden Grafiken geben die Antworten auf die Frage wieder, welche von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erbrachten Dienstleistungen den Befragten spontan einfielen:

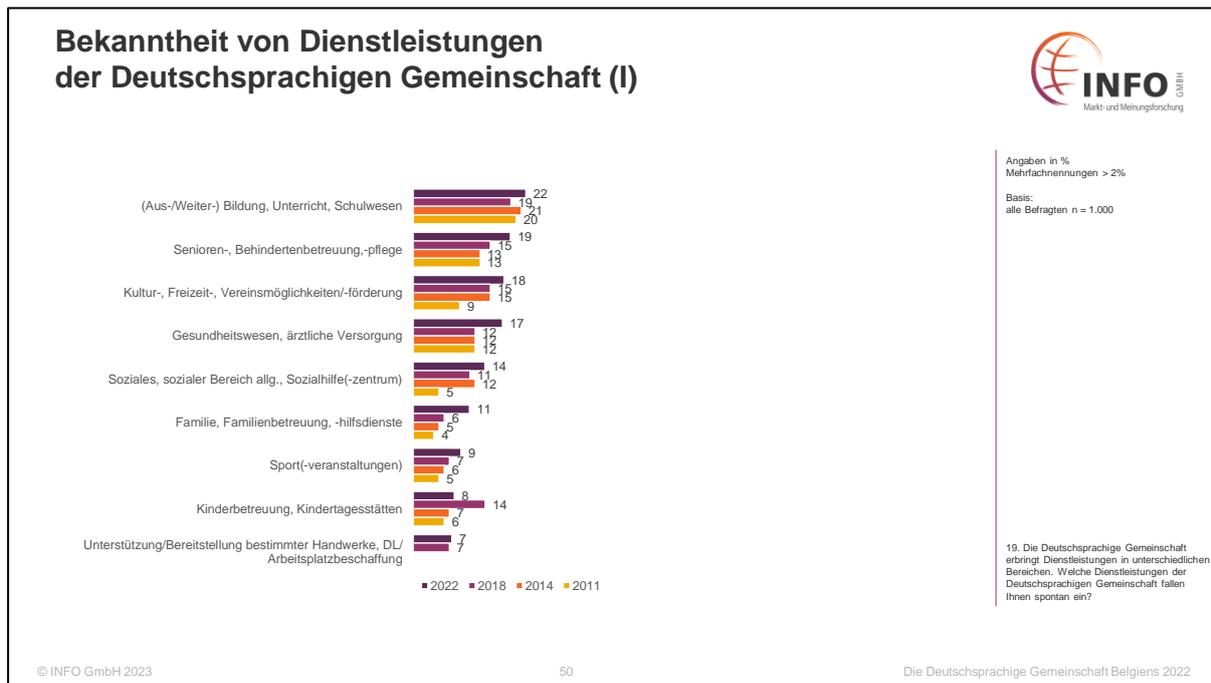


Abbildung 23: Bekanntheit von Dienstleistungen der DG (I)

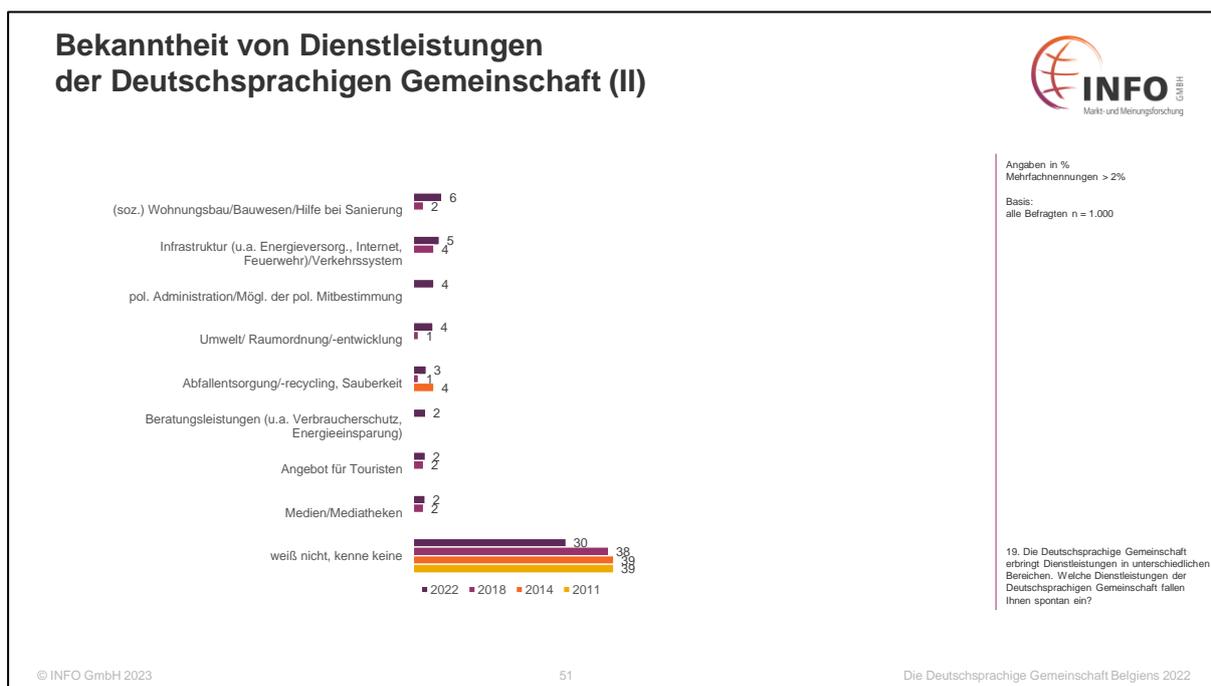


Abbildung 24: Bekanntheit von Dienstleistungen der DG (II)

Spontan bekannt sind vor allem Angebote aus den Bereichen (Aus-/Weiter-) Bildung, Unterricht und Schulwesen (22 %), der Senioren- und Behindertenbetreuung/-pflege (19 %), Kultur-, Freizeit- und Vereinsmöglichkeiten (18 %) sowie Angebote im Gesundheitswesen (17 %). Die meisten Dienstleistungen wurden häufiger als noch vor vier Jahren genannt, an der Reihenfolge auf den vorderen Plätzen hat sich jedoch kaum etwas geändert. Eine Ausnahme bilden die Angebote zur Kinderbetreuung/die Kindertagesstätten, die nach dem gestiegenen Anteil 2018 nunmehr wieder ähnlich häufig wie in den Jahren 2014 und 2011 angeführt werden. Insgesamt fielen den Befragten nennenswert häufiger Dienstleistungen als bei den vorausgegangenen Befragungswellen ein.

9. BEKANNTHEIT UND NUTZUNG VON INFORMATIONSSQUELLEN DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Im Folgenden wurden den Befragten einige Möglichkeiten vorgelesen, wie das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Bürger/-innen über seine Arbeit informieren kann. Sie wurden gebeten anzugeben, welche Informationsquellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihnen bekannt sind:

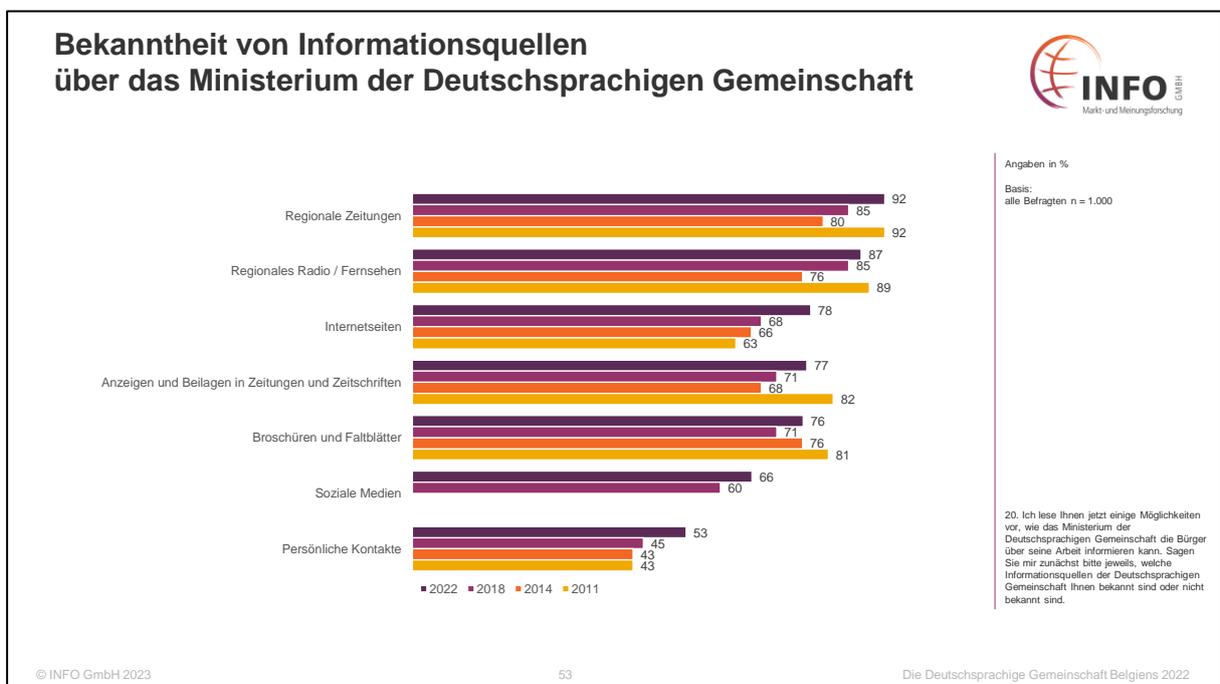


Abbildung 25: Bekanntheit von Informationsquellen des MDG

Mit Abstand am häufigsten sind regionale Zeitungen (92 %) und regionales Radio/Fernsehen (87 %) als Informationsquellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft bekannt. Ein hoher Bekanntheitsgrad ist

auch für Internetseiten (78 %), Anzeigen und Beilagen in Zeitungen und Zeitschriften (77 %) sowie Broschüren und Faltblätter (76 %) zu verzeichnen. Durchgängig alle Medien wurden häufiger als noch vor vier Jahren als Informationsquellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingestuft, darunter vor allem Internetseiten.

In die aktuelle Befragung neu aufgenommen wurde die Frage, wie häufig ganz allgemein Informationen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft genutzt werden:

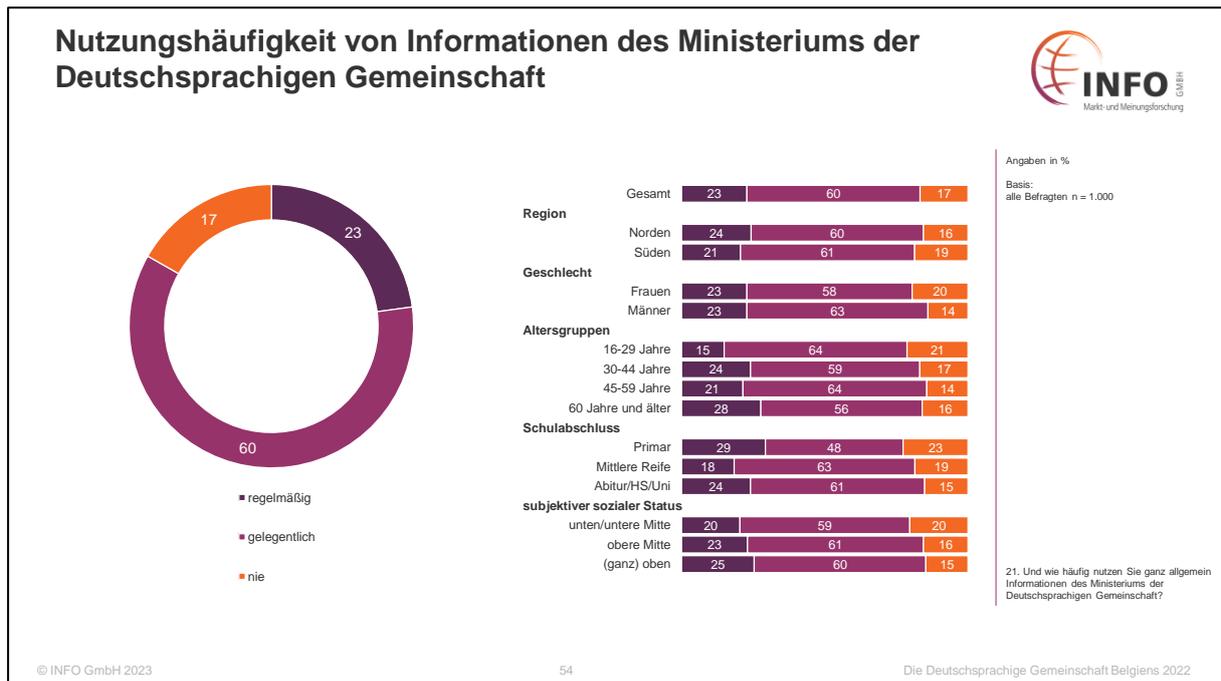


Abbildung 26: Allgemeine Nutzungshäufigkeit von Informationen des MDG

Ca. ein Viertel der Befragten nutzt regelmäßig Informationen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (23 %), sechs von zehn Befragten zumindest gelegentlich (60 %). Nur jede bzw. jeder Sechste informiert sich nie (17 %).

Zwischen den unterschiedlichen soziodemografischen Teilgruppen zeigen sich kaum nennenswerte Unterschiede. Hervorzuheben ist die unterdurchschnittliche Nutzungshäufigkeit von Informationen bei den 16- bis 29-Jährigen.

Diejenigen Befragten, die ganz allgemein Informationen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft nutzen, wurden für die ihnen bekannten Medien gefragt, ob sie diese persönlich nutzen. Die nachfolgenden Anteilswerte sind auf Basis aller Befragten ausgewiesen:

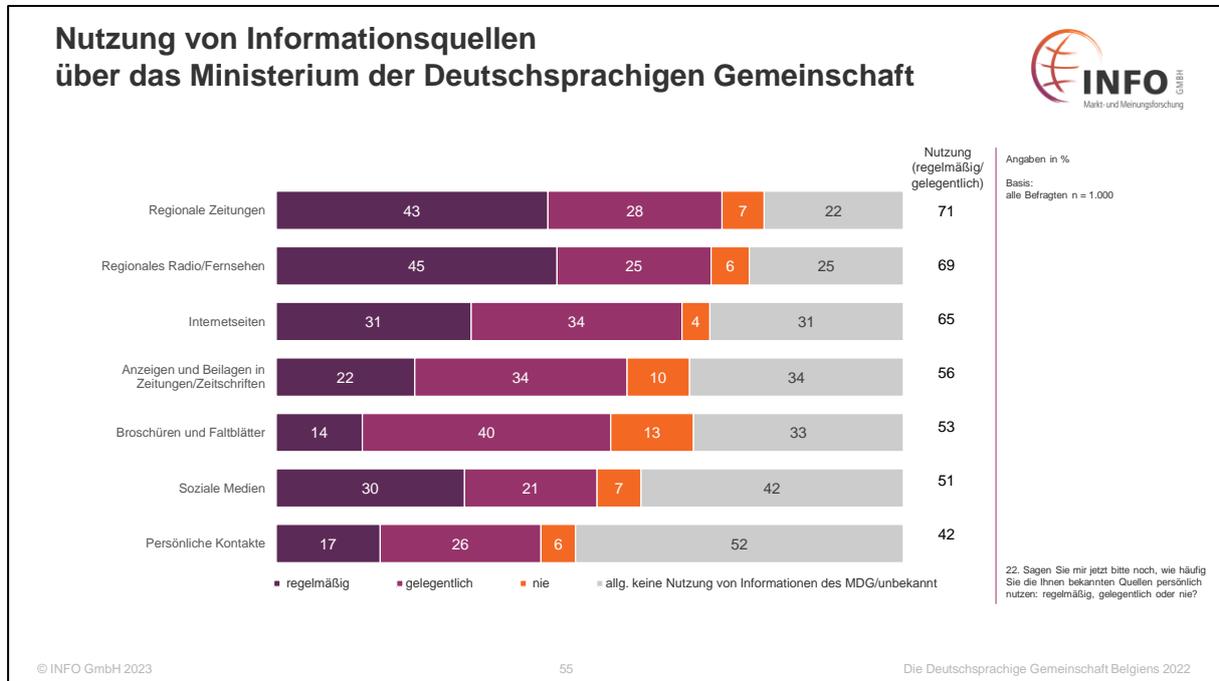


Abbildung 27: Nutzung von Informationsquellen des MDG

Die am meisten bekannten Informationsquellen werden auch am häufigsten regelmäßig genutzt: regionales Radio/Fernsehen (45 %), regionale Zeitungen (43 %) und Internetseiten (31 %). Soziale Medien ordnen sich zwar bei den Nutzeranteilen insgesamt auf dem vorletzten Platz ein, liegen aber bezüglich der regelmäßigen Nutzung etwa auf gleicher Höhe mit den Internetseiten auf dem vierten Platz.

Stellt man die Bekanntheit und Nutzung der einzelnen Informationsquellen einander gegenüber, so weisen neben persönlichen Kontakten Internetseiten und soziale Medien, gemessen am Bekanntheitsgrad, vergleichsweise hohe Nutzungsanteile auf. Die größten Abweichungen zwischen Bekanntheit und Nutzung finden sich bei Printmedien wie Broschüren und Faltblättern, regionalen Zeitungen sowie Anzeigen und Beilagen in Zeitungen und Zeitschriften.

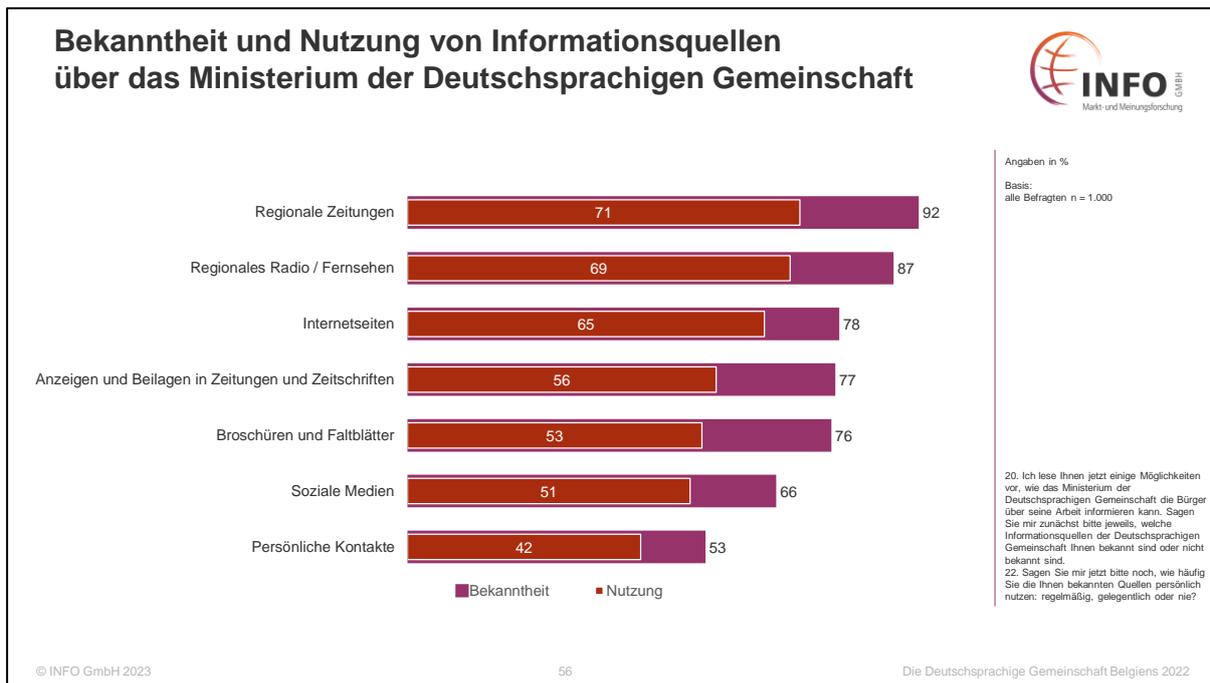


Abbildung 28: Bekanntheit und Nutzung von Informationsquellen

Durch die veränderte Filterführung bei der Fragestellung sind die aktuellen Ergebnisse nur sehr eingeschränkt mit den Ergebnissen der Vorwellen vergleichbar. Wegen der zwischengeschalteten Frage nach der allgemeinen Nutzung von Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der nachfolgenden Filterung bei der Frage nach der Nutzung der einzelnen Informationsquellen ist eine (nicht unerwartete) durchgängige Verringerung bei den Anteilswerten eingetreten:

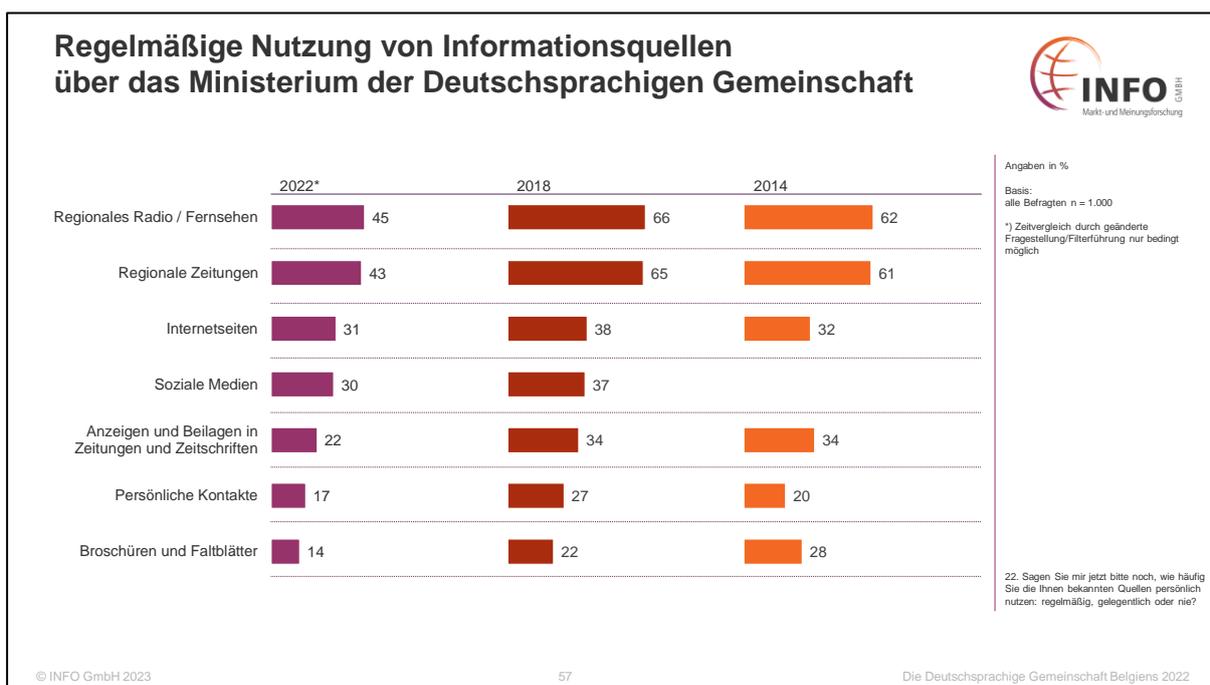


Abbildung 29: Regelmäßige Nutzung von Informationsquellen über das MDG (im Zeitvergleich)

In den Teilgruppen nach Region lassen sich keine größeren Ausprägungsunterschiede feststellen. Befragte aus der nördlichen Region geben zu etwas größeren Anteilen an, soziale Medien regelmäßig für Informationen über das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verwenden. Bei den Befragten aus dem Süden ist der Anteil der regelmäßigen Nutzer/-innen von regionalen Zeitungen etwas höher.

Deutlicher lassen sich altersspezifische Unterschiede feststellen: Während klassische Medien wie regionales Radio/Fernsehen und Printmedien wie regionale Zeitungen, Anzeigen/Beilagen in Zeitungen/Zeitschriften und Broschüren/Faltblätter von unter 30-Jährigen merklich seltener als von den höheren Altersgruppen genutzt werden, haben soziale Medien für die beiden jüngeren Altersgruppen als Informationsquelle über das MDG einen merklich höheren Stellenwert als für ältere Befragte.

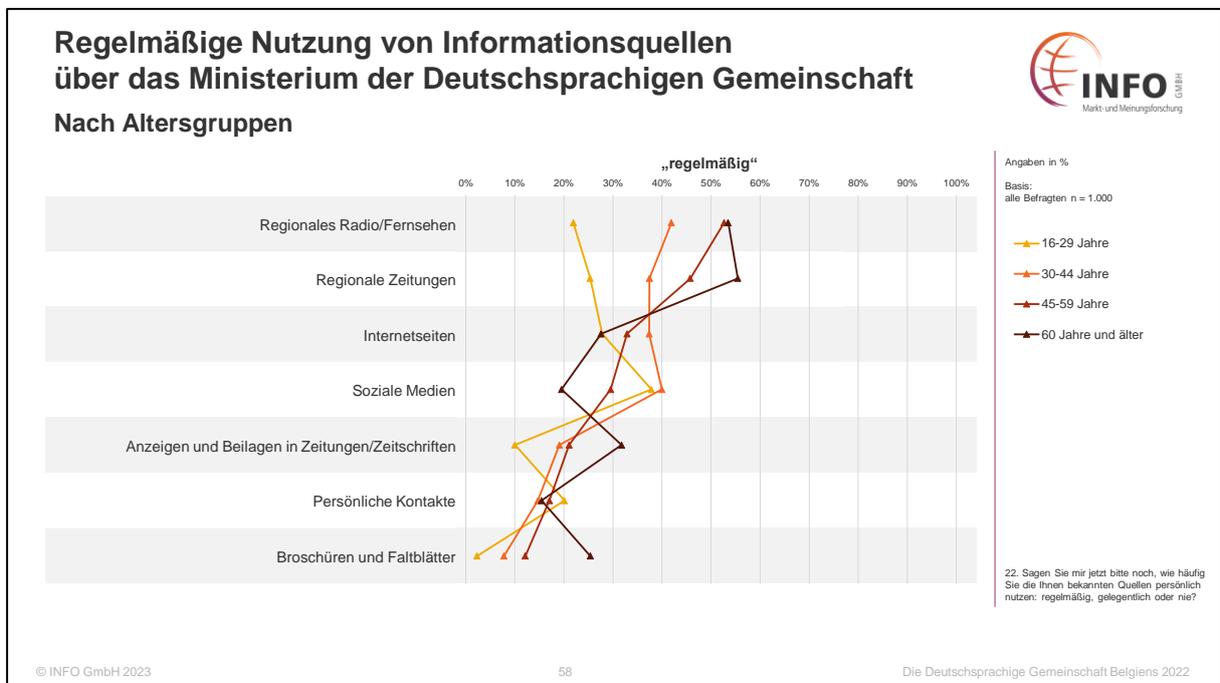


Abbildung 30: Regelmäßige Nutzung von Informationsquellen über das MDG (nach Alter)

10. EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Die Fragen zum Ehrenamt wurden neu formuliert, so dass kein Zeitvergleich mit den Werten der Befragungswellen von 2018 und 2014 möglich ist.

Zunächst wurden die Befragten gebeten mitzuteilen, ob sie sich in den letzten 24 Monaten aktiv oder auch nur passiv ehrenamtlich engagiert haben. Hinzugefügt wurde in der Fragestellung, dass dazu alle ehrenamtlichen oder freiwilligen – zum Beispiel für einen Verein oder eine Organisation ausgeübt – Tätigkeiten zählen, egal ob unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung.

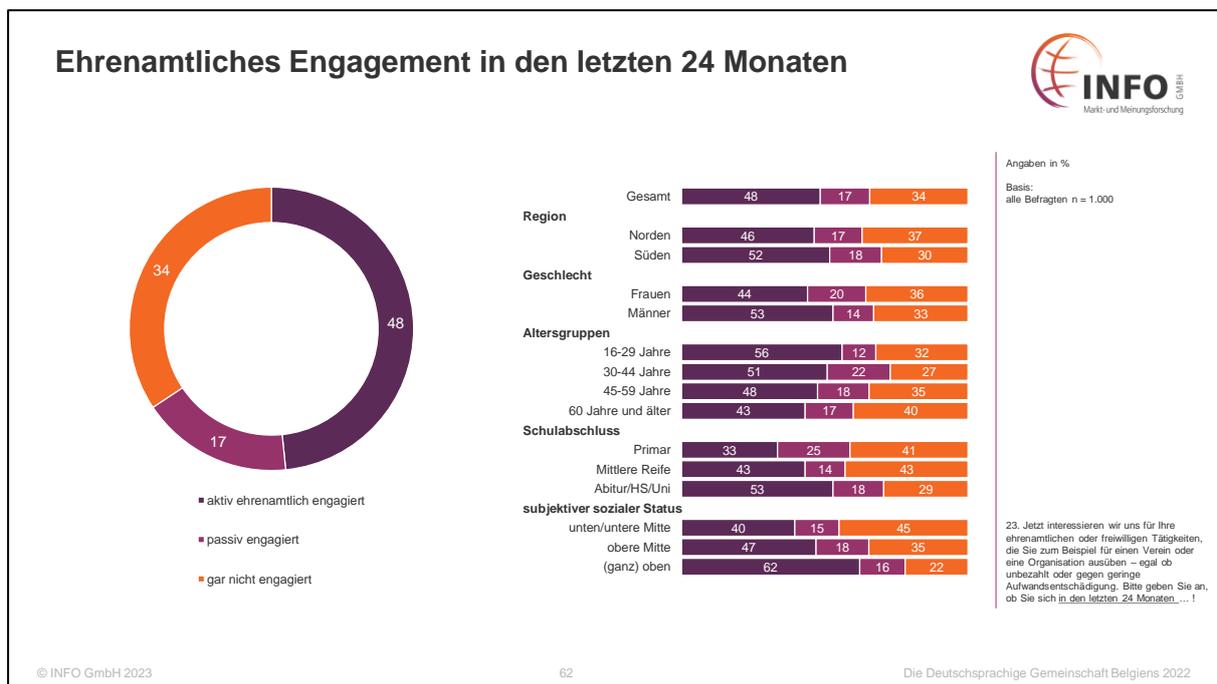


Abbildung 31: Ehrenamtliches Engagement

Fast jede bzw. jeder zweite Befragte hat sich nach eigenen Angaben in den letzten 24 Monaten in irgendeiner Weise aktiv ehrenamtlich engagiert (48 %). Ein Sechstel hat sich in diesem Zeitraum nur passiv, d. h. durch reine Mitgliedschaft oder Spenden, eingebracht (17 %). Ein Drittel engagierte sich in keiner Weise ehrenamtlich (34 %).

Mit dem Alter nimmt das aktive Engagement ab, mit steigendem Bildungsniveau hingegen zu. Häufiger aktiv ehrenamtlich tätig sind auch Männer und die Befragten aus den südlichen Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

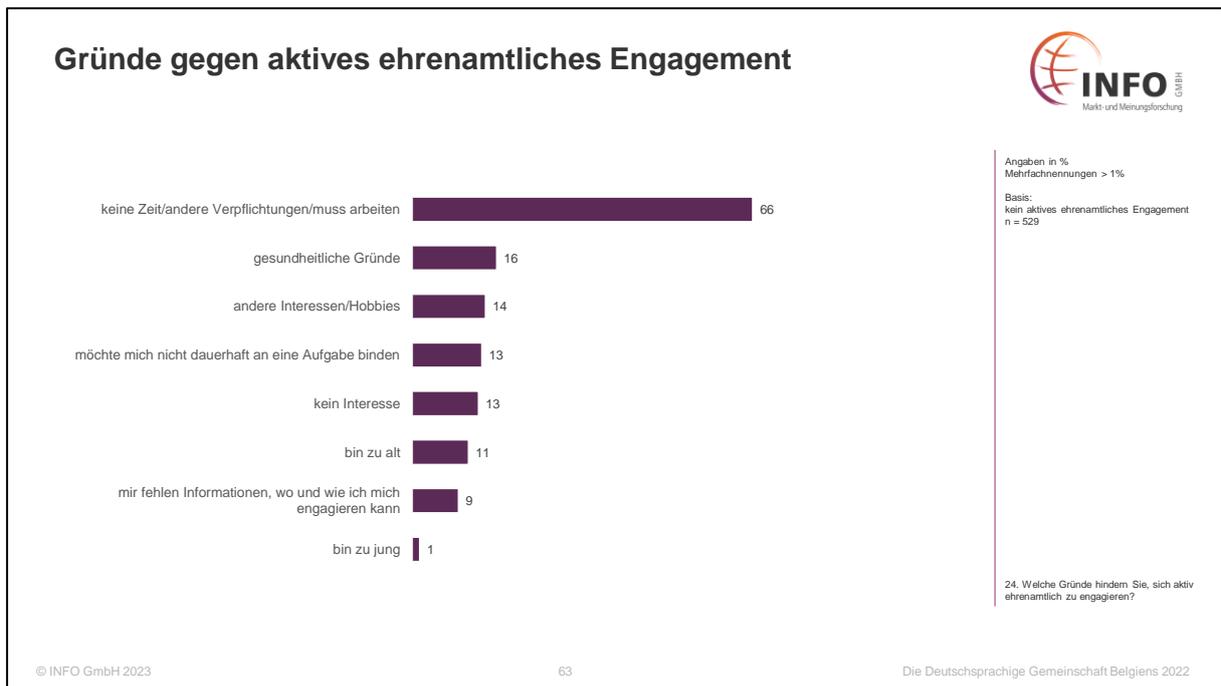


Abbildung 32: Gründe gegen aktives ehrenamtliches Engagement

Für diejenigen, die sich nicht aktiv ehrenamtlich betätigen, spricht gegen ein solches Engagement vor allem der Zeitmangel: Zwei Drittel gaben an, keine Zeit bzw. andere Verpflichtungen zu haben (66 %). Dieses Argument wurde besonders häufig von 30- bis 44-jährigen Befragten (93 %), aber auch von unter 30-Jährigen (78 %) und 45- bis 59-Jährigen (75 %) angeführt.

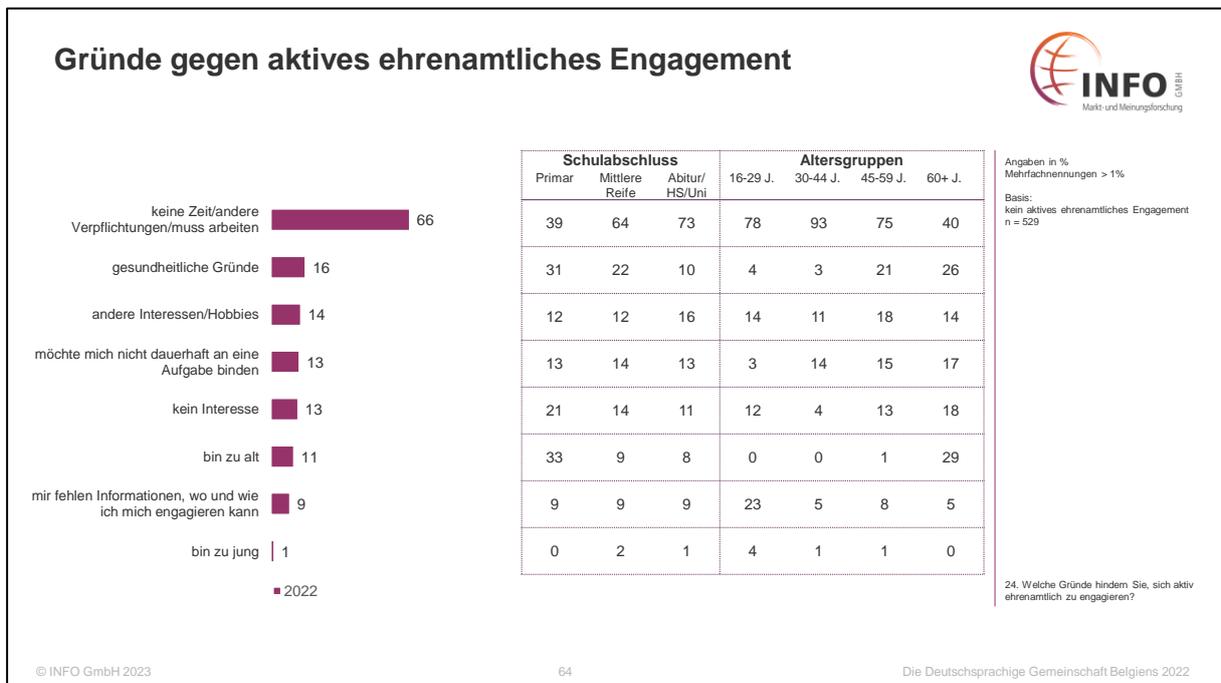


Abbildung 33: Gründe gegen aktives ehrenamtliches Engagement (nach Bildung, Alter)

Aktiv ehrenamtlich Engagierten wurde eine Reihe von Gründen vorgelegt, aus denen man sich ehrenamtlich engagieren kann. Sie wurden gebeten einzuschätzen, inwieweit diese Gründe auf sie

selbst zutreffen:

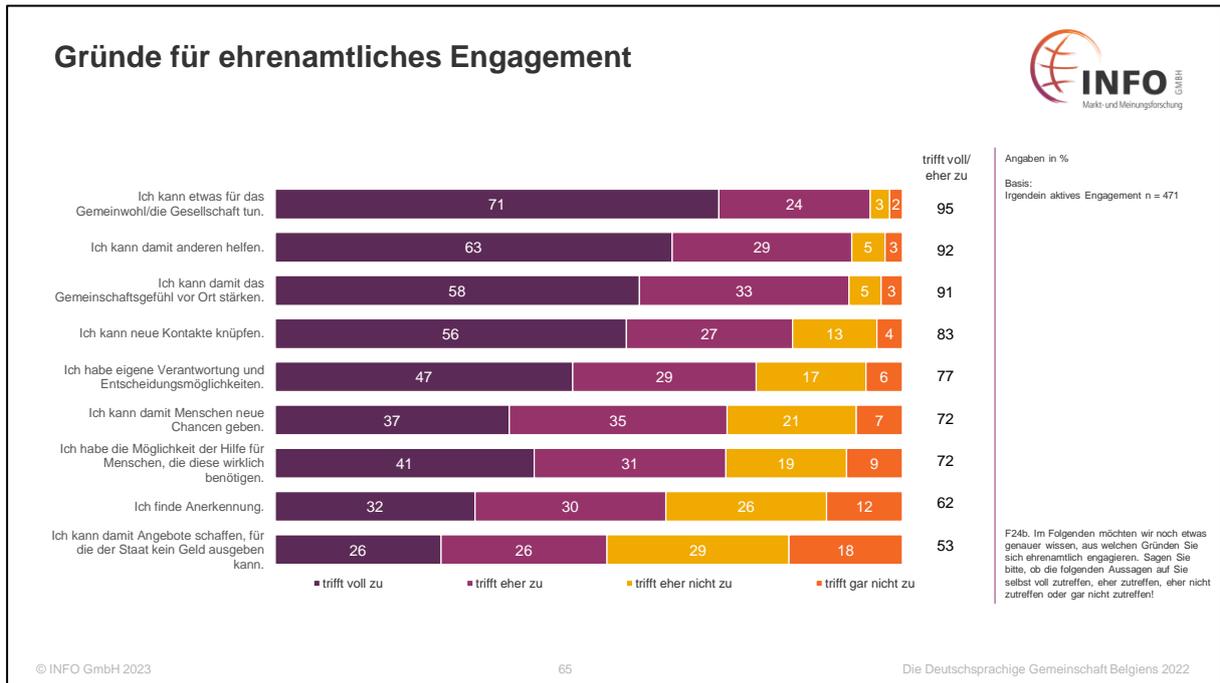


Abbildung 34: Gründe für ehrenamtliches Engagement

Aktiv ehrenamtlich Engagierte begründen ihren Einsatz vor allem damit, etwas für das Gemeinwohl/die Gemeinschaft tun zu können („trifft voll und ganz/eher zu“: 95 %), anderen Menschen helfen zu können (92 %) und einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls vor Ort zu leisten (91 %). Auch die Möglichkeit zu neuen Kontakten (83 %) und die Übernahme eigener Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten (77 %) sind wichtige Motive.

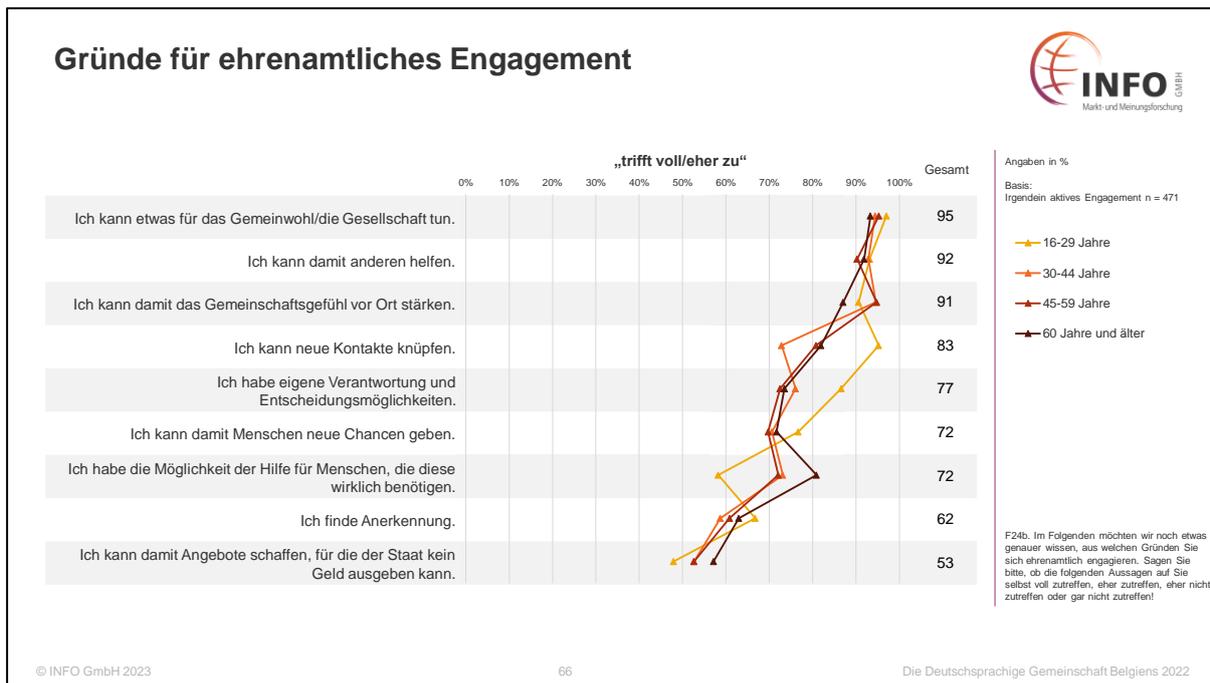


Abbildung 35: Gründe für ehrenamtliches Engagement (nach Alter)

Die Möglichkeit zur Knüpfung neuer Kontakte sowie die Übertragung von Eigenverantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten sind vor allem für die Befragten der jüngsten Altersgruppe wichtige Antriebsgründe, sich aktiv ehrenamtlich zu engagieren.

11. WICHTIGKEIT UND ZUFRIEDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ZUKUNFTSZIELEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Die meisten der vorgestellten Zukunftsziele werden von der überwiegenden Mehrheit fast ausnahmslos als persönlich sehr wichtig bzw. wichtig erachtet. Höchste Wichtigkeit haben vor allem die Qualität bei Bildung und Ausbildung („sehr wichtig“: 74 %), eine bürgernahe ärztliche Grundversorgung (70 %) sowie die Pflege und der Ausbau der Mehrsprachigkeit als Standortvorteil (65 %). Vergleichsweise geringe Priorität haben die Weiterentwicklung des Tourismus (27 %), die Wahrung und der Ausbau der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft (33 %) sowie die Förderung der Integration von Zuwanderern (34 %). Nichtsdestotrotz wurden auch für diese Aspekte von jeweils ca. drei Vierteln der Befragten Top-Box-Werte, d. h. die Werte „sehr wichtig“ oder „wichtig“, vergeben.

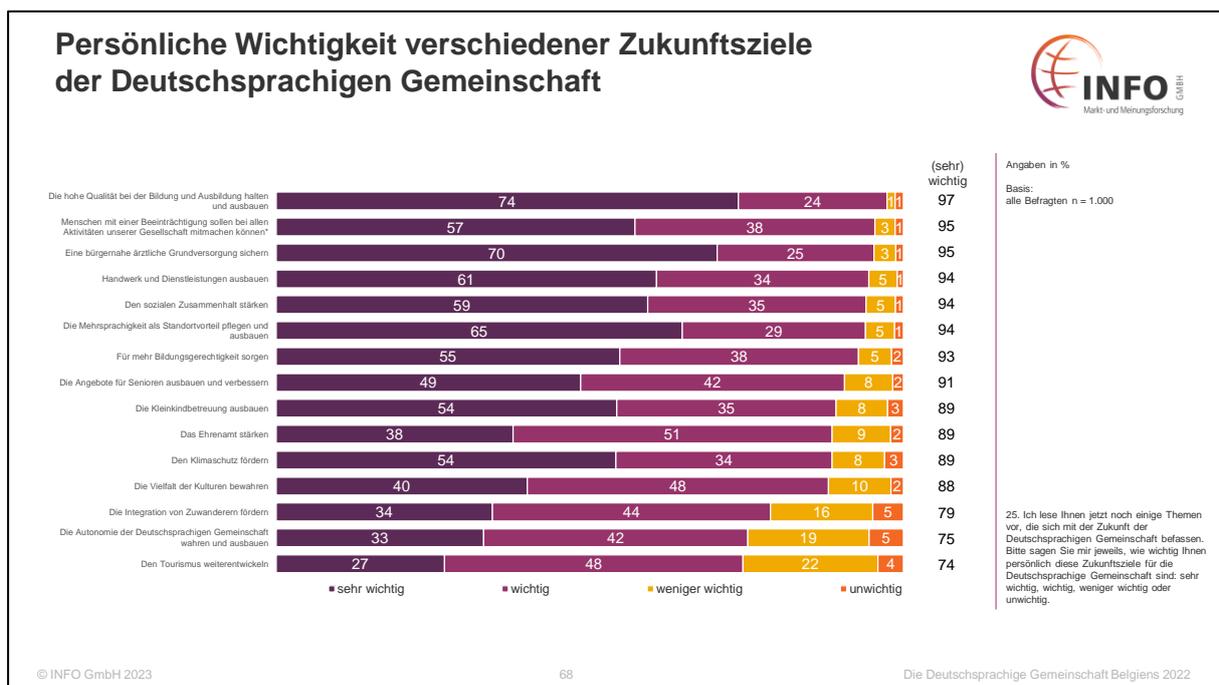


Abbildung 36: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG

Im Zeitvergleich stellt sich ein sehr einheitliches Bild dar: Die Bedeutung fast aller Zukunftsziele hat sich im Vergleich zu 2018 kaum geändert. Etwas an Bedeutung verloren hat – möglicherweise vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise – die Förderung des Klimaschutzes.

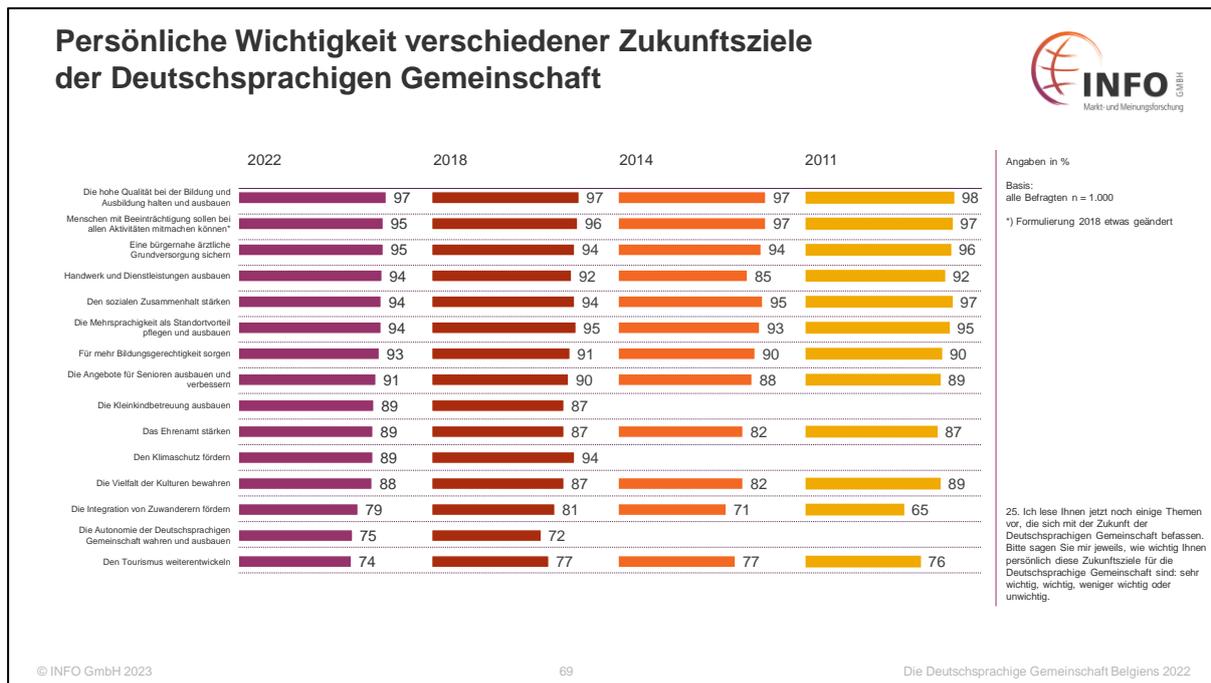


Abbildung 37: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG (im Zeitvergleich)

Nach Region betrachtet zeigen sich kaum Unterschiede: Für die Einwohner/-innen aus den nördlichen Gemeinden haben die Förderung der Integration von Zuwanderern, die Weiterentwicklung des Tourismus und eine hohe Qualität bei Bildung und Ausbildung einen etwas höheren Stellenwert als für die Bewohner/-innen des Südens.

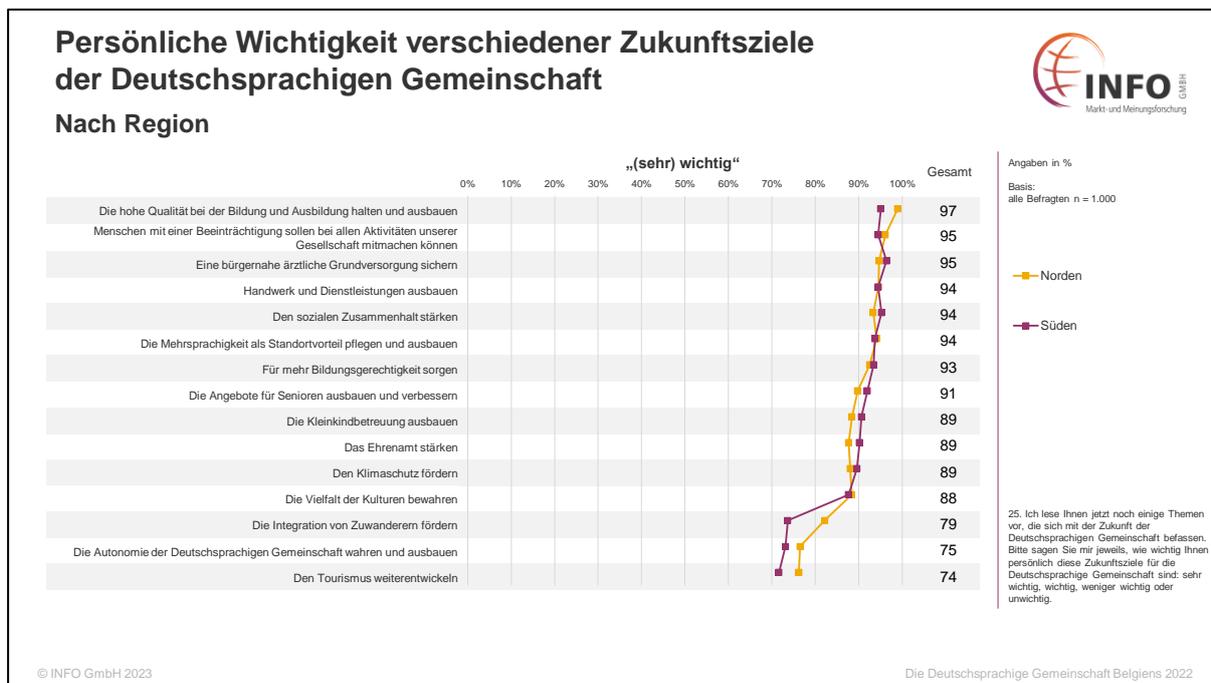


Abbildung 38: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG (nach Region)

Neu in den Befragungskatalog aufgenommen wurde die Frage, wie zufrieden die Befragten mit einzelnen Aspekten an ihrem Wohnort sind:

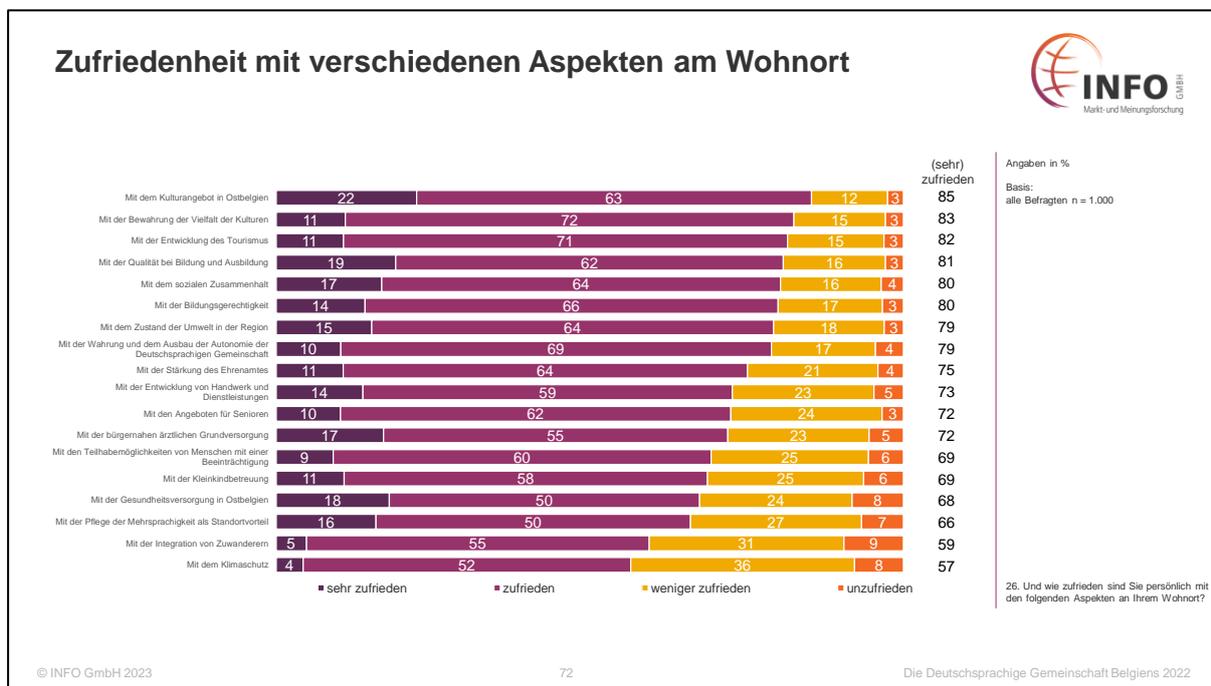


Abbildung 39: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort

Jeweils ca. vier von fünf Befragten sind mit dem Kulturangebot in Ostbelgien, der Bewahrung der Vielfalt der Kulturen, der Entwicklung des Tourismus, der Qualität bei Bildung und Ausbildung, dem sozialen Zusammenhalt, der Bildungsgerechtigkeit, mit dem Zustand der Umwelt in der Region und der Wahrung/dem Ausbau der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden bis sehr zufrieden. Im mittleren Bereich bewegt sich die Zufriedenheit mit der Stärkung des Ehrenamtes, der Entwicklung von Handwerk und Dienstleistungen, mit den Angeboten für Senioren und der bürgernahen ärztlichen Grundversorgung. Jeweils ca. drei Viertel der Befragten äußerten sich mit diesen Aspekten zufrieden bis sehr zufrieden. Die im Vergleich geringste Zufriedenheit besteht beim Klimaschutz („(sehr) zufrieden“: 57 %) und der Integration von Zuwanderern (59 %).

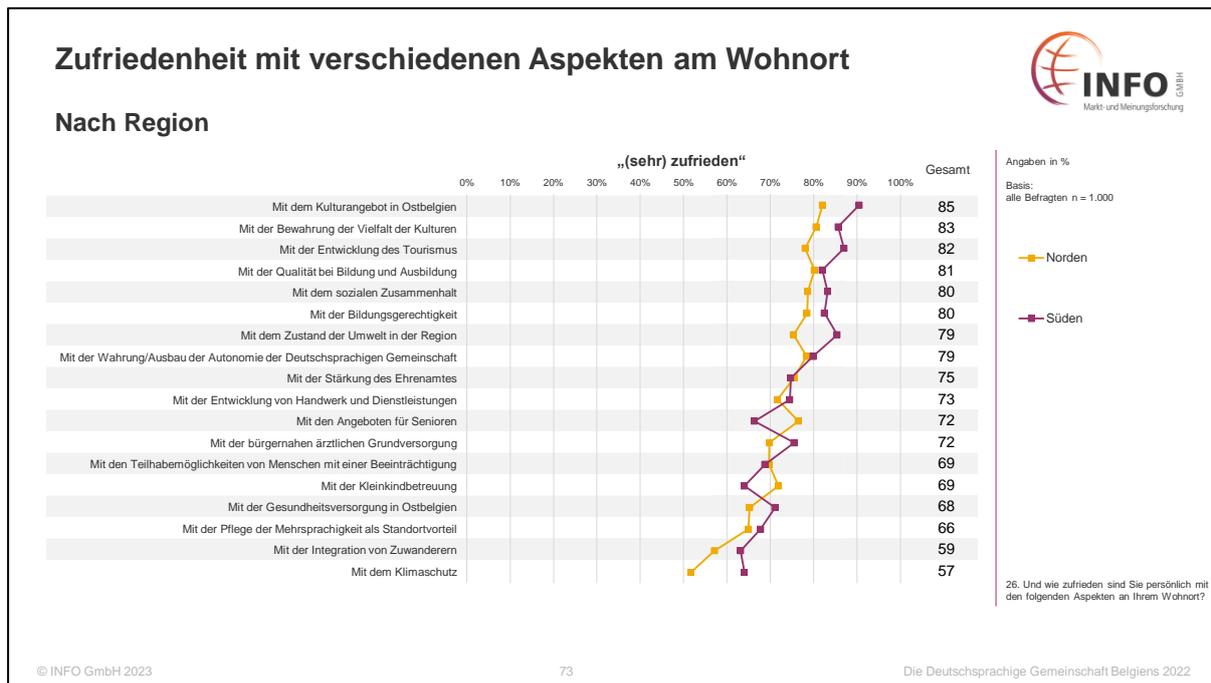


Abbildung 40: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Region)

Mit der überwiegenden Mehrheit der Aspekte sind die Befragten aus der nördlichen Region weniger zufrieden als die Befragten aus der südlichen Region. Insbesondere betrifft dies den Klimaschutz, den Zustand der Umwelt in der Region, die Entwicklung des Tourismus und das Kulturangebot. Nennenswert zufriedener sind die Einwohner/-innen aus den nördlichen Gemeinden dagegen mit den Angeboten für Senioren und der Kleinkindbetreuung.

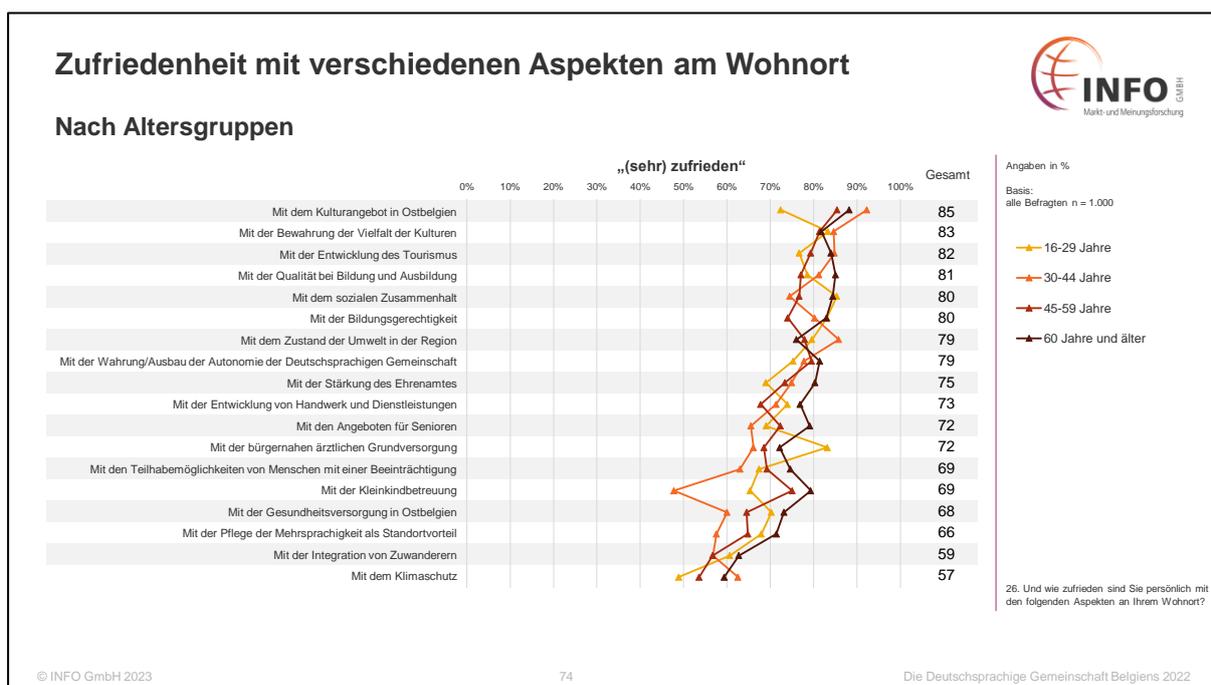


Abbildung 41: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Alter)

Entsprechend den unterschiedlichen Lebens- und Interessenslagen differieren die Zufriedenheiten bei den verschiedenen Altersgruppen. So sind z. B. 16- bis 29-Jährige im Vergleich am wenigsten mit dem Kulturangebot in Ostbelgien zufrieden, bei 30- bis 44-Jährigen bleibt die Zufriedenheit mit der Kleinkindbetreuung merklich hinter den Einschätzungen der anderen Altersgruppen zurück.

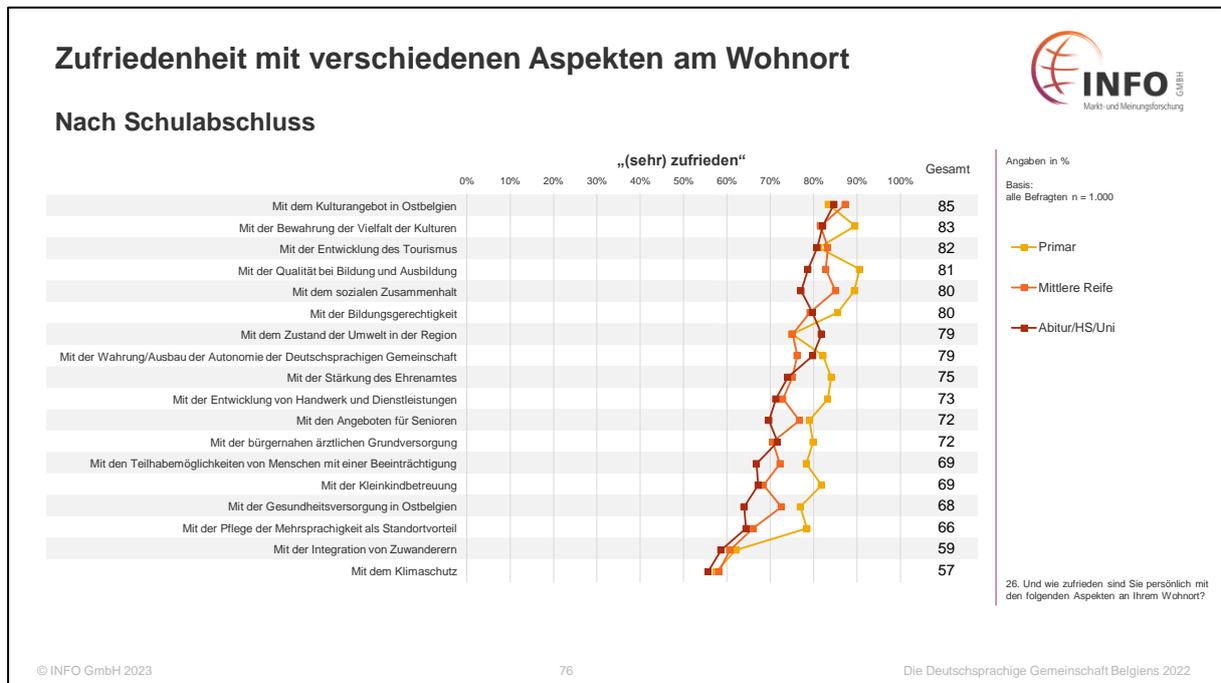


Abbildung 42: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Bildung)

Bezüglich der Zufriedenheit mit den verschiedenen Aspekten am Wohnort zeigt sich ein deutlicher Bildungseffekt: Je geringer der Bildungsstand, umso zufriedener sind die Befragten im Schnitt mit den einzelnen Aspekten. Die größten Abweichungen in den Einschätzungen ergeben sich bei der Zufriedenheit mit der Kleinkindbetreuung, der Pflege der Mehrsprachigkeit als Standortvorteil und der Gesundheitsversorgung in Ostbelgien.

Stellt man die persönliche Wichtigkeit und die Zufriedenheit mit den einzelnen Aspekten einander gegenüber, so bleibt der Wert für die Zufriedenheit fast immer hinter dem Wert für die Wichtigkeit zurück. Die größten Differenzen sind bei der Förderung des Klimaschutzes (-32 Prozentpunkte in den Top-Boxen), der Pflege und dem Ausbau der Mehrsprachigkeit (-28 PP) und den Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung (-26 PP) zu registrieren. Lediglich hinsichtlich der Entwicklung des Tourismus und der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft fällt die Zufriedenheit jeweils größer als die Wichtigkeit des Aspektes aus.



Abbildung 43: Differenz von Wichtigkeit und Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort

12. DIE INSTITUTIONELLE ENTWICKLUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

In diesem Themenkomplex wurden zunächst die Meinungen der Einwohner/-innen zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeholt. Konkret wurde gefragt, ob nach Auffassung der Befragten die Deutschsprachige Gemeinschaft mehr oder weniger Zuständigkeiten haben sollte oder ob es so, wie es heute ist, in Ordnung ist:

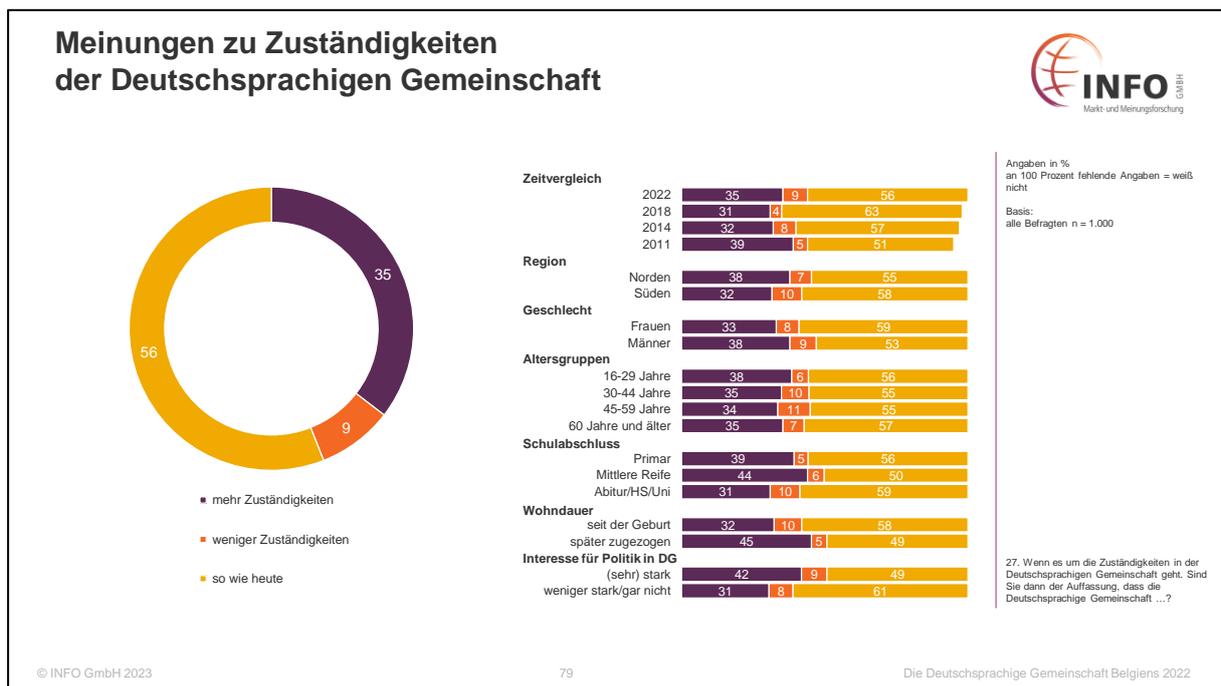


Abbildung 44: Meinungen zu Zuständigkeiten der DG

Für gut die Hälfte der Befragten ist das Ausmaß der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft so, wie es heute ist, in Ordnung (56 %). Jede bzw. jeder Dritte wünscht mehr Zuständigkeiten (35 %). Gegenüber 2018 ist dieser Anteil tendenziell gestiegen. Fast verdoppelt auf nunmehr 9 Prozent und damit auf das Niveau von 2014 hat sich jedoch auch der Anteil derer, die weniger Zuständigkeiten einfordern.

Im Norden ist der Wunsch nach mehr Zuständigkeiten etwas größer als im Süden (38 % vs. 32 %). Der Wunsch nach mehr Zuständigkeiten besteht auch häufiger bei männlichen Befragten und den Befragten der jüngsten Altersgruppe. Ein beachtlicher Zusammenhang wird auch zur Wohndauer deutlich: Bei später Zugezogenen ist das Bedürfnis nach mehr Zuständigkeiten merklich stärker als bei gebürtigen Ostbelgier/-innen ausgeprägt. Auch ein Zusammenhang mit dem Politikinteresse kristallisiert sich heraus: Wer sich für die Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (sehr) stark interessiert, ist auch häufiger an einer Erweiterung der Zuständigkeiten interessiert als weniger stark oder gar nicht

Politikinteressierte.

Befragte, die die Ansicht vertraten, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mehr Zuständigkeiten haben sollte, wurden gebeten anzugeben, für welche der vorgestellten Bereiche dies gelten sollte:

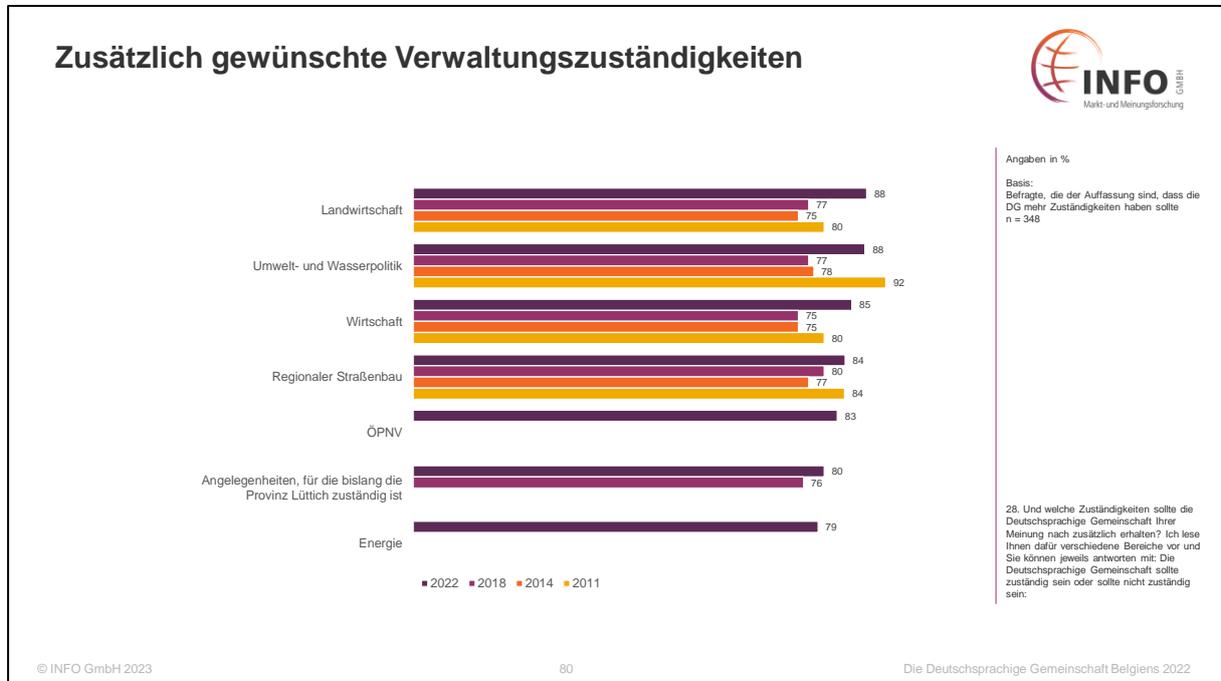


Abbildung 45: Zusätzlich gewünschte Verwaltungszuständigkeiten

Die vorgestellten zusätzlichen Verwaltungszuständigkeiten genießen bei den Befürwortern einen großen Zuspruch: Jeweils ca. 80 und mehr Prozent der Befragten mit dem Wunsch nach mehr Zuständigkeiten könnten sich die Übernahme der jeweiligen Verwaltungszuständigkeit vorstellen, am häufigsten für die Landwirtschaft und die Umwelt- und Wasserpolitik (jeweils 88 %). Auch die neu in die Befragung aufgenommenen Bereiche, der Öffentliche Personennahverkehr und Energie, finden einen großen Anklang (83 % bzw. 79 %). Im Vergleich zu 2018 haben die Nennungen für die Bereiche Landwirtschaft, Umwelt- und Wasserpolitik sowie Wirtschaft um jeweils etwa 10 Prozentpunkte zugenommen.

In der nächsten Frage wurden die Befragten um ihre Meinung zur Rolle der Provinz Lüttich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten:

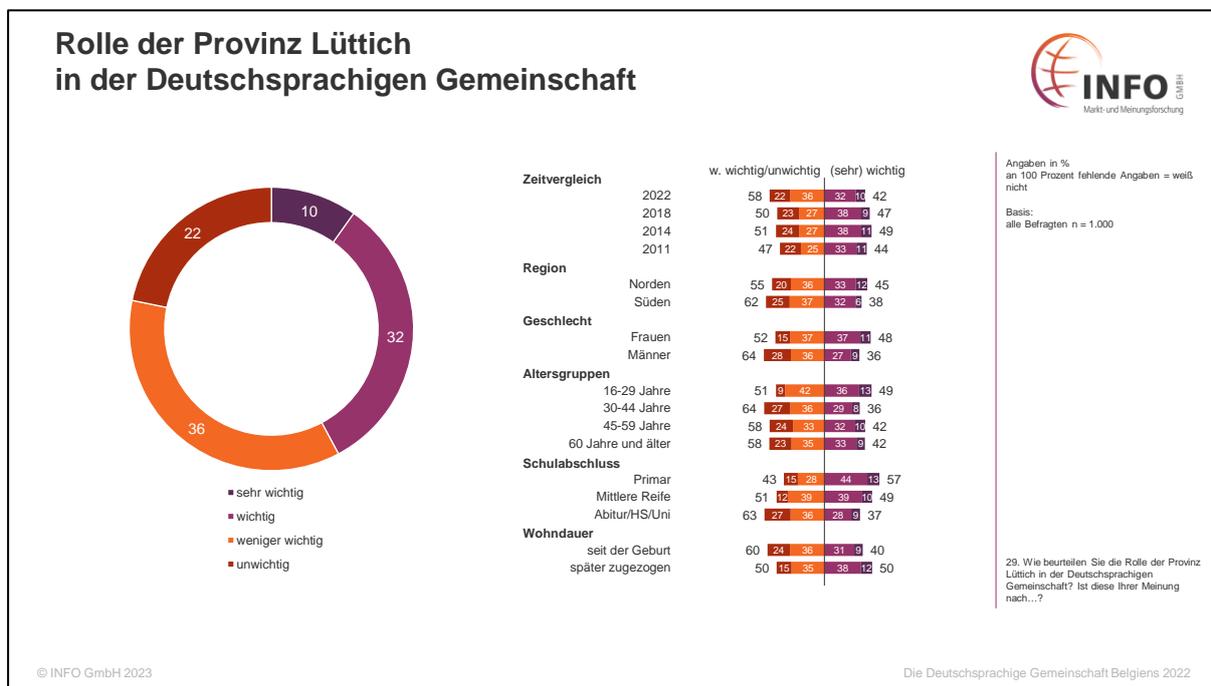


Abbildung 46: Rolle der Provinz Lüttich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Rolle der Provinz Lüttich halten 42 Prozent der Befragten für wichtig bis sehr wichtig, das sind etwas weniger als noch vor vier Jahren (47 %).

In den südlichen Gemeinden wird die Rolle der Provinz Lüttich nennenswert zurückhaltender (38 %) als in den nördlichen (45 %) eingeschätzt. Unter 30-Jährige, Frauen und später Zugezogene erachten die Rolle der Provinz für deutlich wichtiger als ältere Befragte, Männer und gebürtige Ostbelgier/-innen. Ein sichtbares Gefälle besteht auch nach Bildung: Mit steigendem Bildungsniveau verliert die Provinz Lüttich für die Befragten an Bedeutung.

Die Frage, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen möglicher weiterer Staatsreformen weiterhin Teil der Wallonie bleiben sollte, beantwortete mehr als die Hälfte der Befragten abschlägig (55 %). Für den Verbleib als Teil der Wallonie sprachen sich vier von zehn Befragten (39 %) aus, das sind deutlich weniger als bei den Befragungen 2018 (47 %) und 2014 (48 %).

Für eine gleichberechtigte vierte Region plädieren vor allem die Einwohner/-innen in der nördlichen Region (58 %). Auch männliche Befragte und später Zugezogene optieren häufiger für eine vierte gleichgestellte Region.

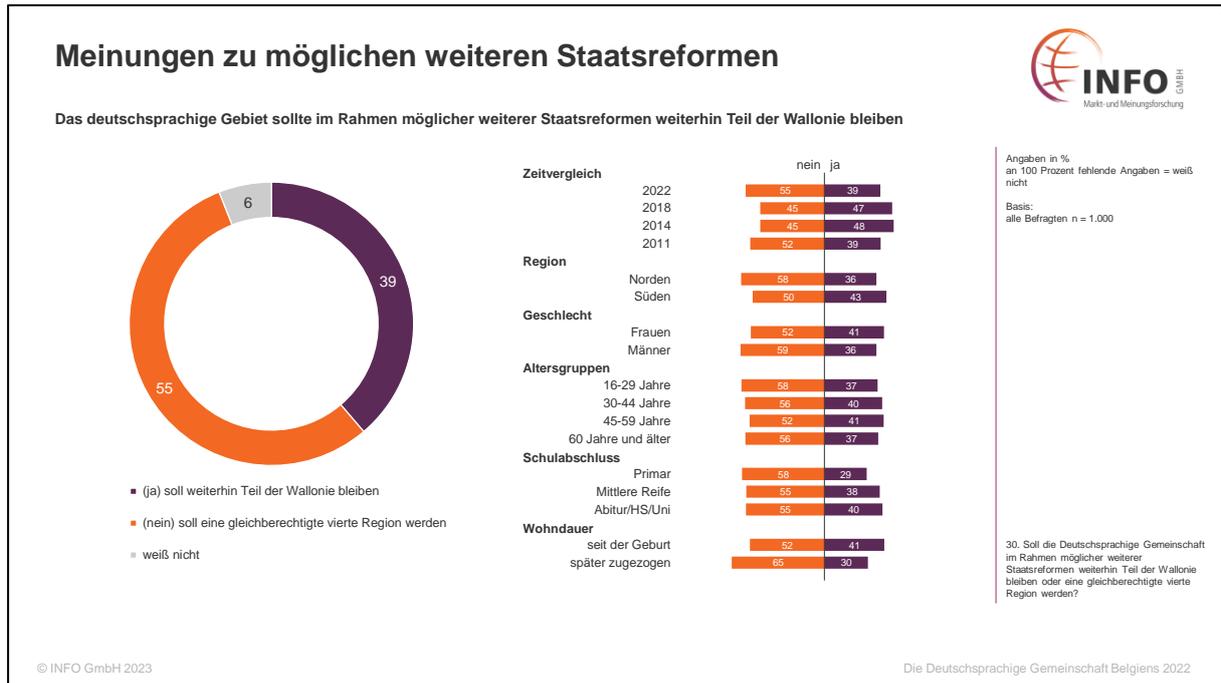


Abbildung 47: Meinungen zu möglichen weiteren Staatsreformen

13. EINSTELLUNGEN UND EINSCHÄTZUNGEN ZUR AKTUELLEN ENERGIEKRISE

Aus aktuellem Anlass wurden die Einwohner/-innen in Ostbelgien nach ihren Einschätzungen zur Energiekrise befragt:

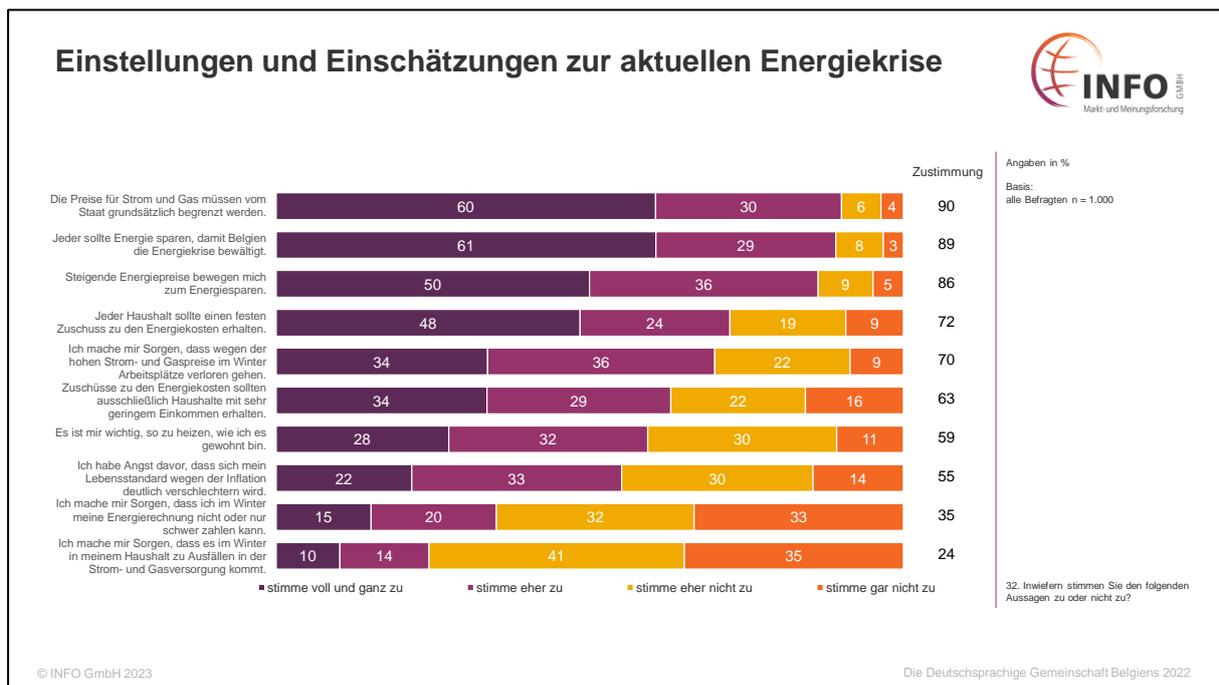


Abbildung 48: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise

Zustimmung fanden vor allem die Aussagen einer grundsätzlichen Begrenzung der Preise für Strom und Gas durch den Staat („stimme voll und ganz/eher zu“: 90 %) und die Aufforderung, dass jeder zur Bewältigung der Energiekrise Energie sparen sollte (89 %). Knapp neun von zehn Befragten fühlen sich durch die steigenden Energiepreise zum Energiesparen bewegt (86 %). Für einen festen Zuschuss zu den Energiekosten für jeden Haushalt sprechen sich fast drei Viertel der Befragten aus (72 %). Knapp zwei Drittel stimmen der Aussage zu, ausschließlich Haushalten mit sehr geringen Einkommen Zuschüsse zu den Energiekosten zu gewähren (63 %). Weniger Sorgen machen sich die Befragten, dass es im Winter zu Ausfällen in der Strom- und Gasversorgung kommt (24 %) oder sie die Energierechnungen nicht oder nur schwer zahlen können (35 %). Allerdings befürchtet mehr als die Hälfte, dass sich ihr Lebensstandard wegen der Inflation deutlich verschlechtern wird (55 %).

In ihren Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise stimmen die Einwohner/-innen aus der nördlichen und der südlichen Region weitgehend überein. Die Befragten aus dem Norden machen sich etwas häufiger Sorgen, die Energierechnung aus dem Winter nicht bezahlen zu können (Differenz um 10 Prozentpunkte). Dafür ist es ihnen etwas weniger als den Befragten aus der südlichen

Region wichtig, so zu heizen, wie sie es gewohnt sind (Differenz um 9 Prozentpunkte).

Ängste bezüglich möglicher negativer Auswirkungen der Energiekrise haben insbesondere Befragte mit einem geringeren Bildungsniveau sowie Befragte, die ihren subjektiven sozialen Status im unteren Bereich bzw. in der unteren Mitte verankern.

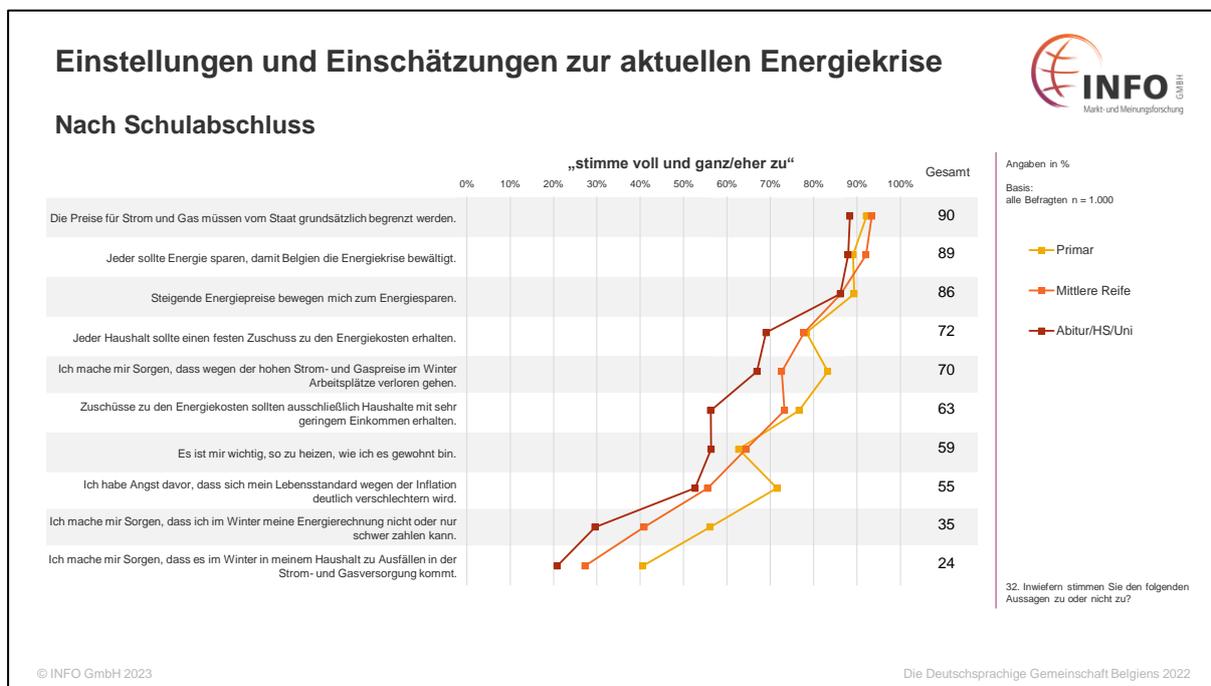


Abbildung 49: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise (nach Bildung)

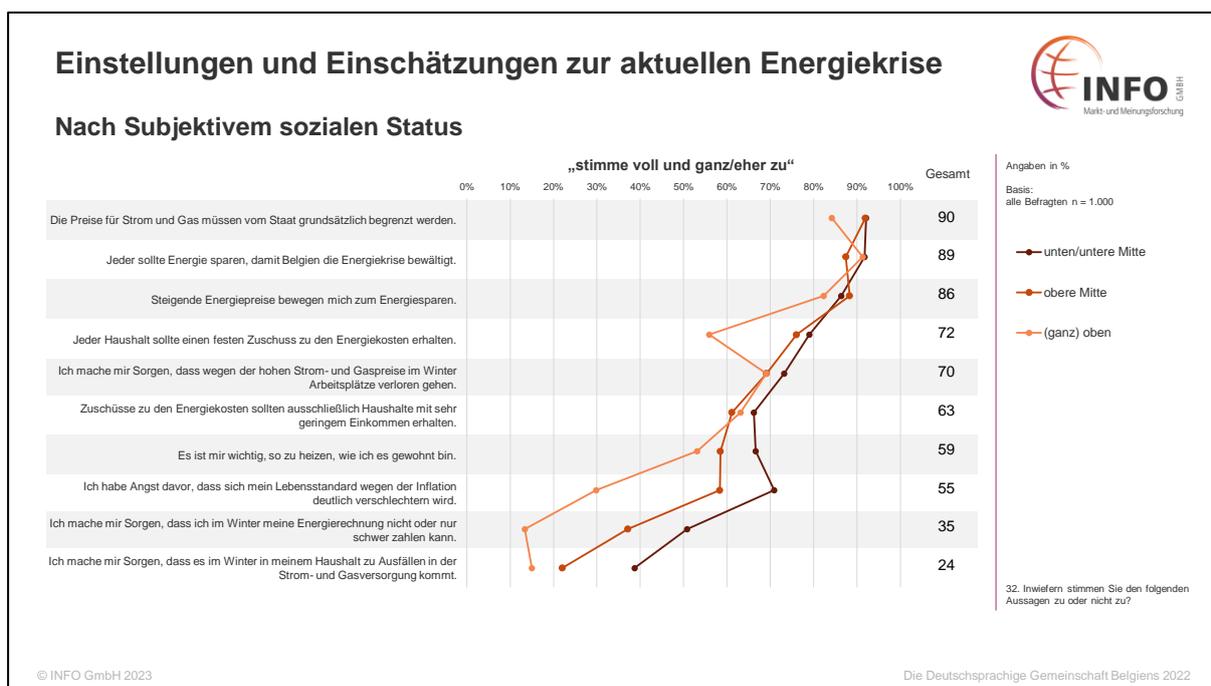


Abbildung 50: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise (nach subj. soz. Status)

14. STATISTIK

Frauen und Männer wurden etwa zu gleichen Anteilen befragt (51 % bzw. 49 %).

Die befragten Ostbelgier/-innen waren durchschnittlich 49,7 Jahre alt. Jeweils ein Fünftel war unter 30 Jahren alt (19 %) bzw. im Alter zwischen 30 und 44 Jahren (21 %). Jede/r Vierte gehörte der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen an (26 %), ein Drittel war 60 Jahre und älter (33 %).

Es überwiegen formal höhere Bildungsabschlüsse: Jede/r Vierte hat das Abitur abgelegt (26 %), mehr als jede/r Dritte verfügt über einen Hochschul- bzw. Universitätsabschluss (37 %).

Sechs von zehn Befragten gaben an, berufstätig zu sein (61 %). Drei von zehn Befragten waren Rentner/-innen bzw. Pensionär/-innen (29 %), jeweils 5 Prozent waren in Berufs- bzw. Schulausbildung oder nicht berufstätig. Nach der Art ihrer Berufstätigkeit gefragt, äußerte mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen, angestellt tätig zu sein (54 %). Jede/r Sechste ist Arbeiter/-in (16 %), jede/r Siebte Beamtin bzw. Beamter (14 %). 11 Prozent sind beruflich selbstständig.

In den befragten Haushalten lebten durchschnittlich 2,7 Personen. 17 Prozent der Befragten lebten in einem Einpersonenhaushalt, etwa doppelt so viele in einem Zweipersonenhaushalt (36 %). Der Anteil an Personen, die in einem Dreipersonenhaushalt lebten, betrug 16 Prozent. Knapp jede dritte Befragungsperson gab an, dass sie in einem Haushalt mit vier und mehr Personen lebt (30 %).

Ein Sechstel der Befragten bezifferte das Haushaltsnettoeinkommen auf unter 2.000 EUR (16 %), knapp ein Viertel zwischen 2.000 und unter 3.000 EUR (23 %), ein Fünftel zwischen 3.000 und unter 4.000 EUR (19 %). 38 Prozent der Befragten verfügen über mehr als 4.000 EUR Haushaltsnettoeinkommen, darunter 23 Prozent über 5.000 und mehr EUR.

Darum gebeten, sich auf einer Leiter mit zehn Sprossen im Verhältnis zu anderen Menschen in Belgien zu platzieren – Sprosse 10 wird von Menschen mit viel Geld, mit hoher Bildung und guten Jobs besetzt, Sprosse 1 entsprechend von denen mit wenig Geld, niedriger Bildung, schlechten Jobs oder keinen Jobs –, positionierten sich auf den unteren Sprossen der Leiter nur wenige Befragte (Werte 1–3: 2 %). Vergleichsweise wenige ordneten sich auch in der unteren Mitte ein (Werte 4-5: 21 %). Mehr als die Hälfte verortete sich in der oberen Mitte (Werte 6-7: 55 %), ca. ein Fünftel (ganz) oben (Werte 8-10: 21 %). Der mittlere Skalenwert von 6,6 auf der 10-stufigen Skala verdeutlicht, dass die Befragten ihre gesellschaftliche Stellung durchschnittlich im oberen mittleren Bereich einschätzten.

Sechs von zehn Befragten kamen aus den nördlichen Gemeinden (61 %), vier von zehn aus den südlichen (39 %). Drei Viertel der Befragten wohnen seit der Geburt in Ostbelgien (76 %). Eine Minderheit ist erst in den letzten 10 Jahren zugezogen (4 %).

86 Prozent der Befragten verfügen über die belgische Staatsangehörigkeit, 15 Prozent über die deutsche.

Ca. drei Viertel der Befragten wohnen in einem eigenen Haus (69 %) bzw. in der eigenen Eigentumswohnung (7 %). Zur Miete leben 22 Prozent der Befragten, darunter 15 Prozent zur Miete in einer Wohnung.

Knapp neun von zehn Befragten haben in den letzten drei Monaten täglich zu Hause das Internet genutzt (87 %). Der Anteil der Nichtnutzer/-innen lag bei 7 Prozent.

15. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Die wichtigsten Aufgaben und Probleme in Ostbelgien (im Zeitvergleich)	8
Abbildung 2: Die wichtigsten Aufgaben und Probleme in Ostbelgien (nach Region, Alter)	9
Abbildung 3: Persönliche Zukunftsaussichten	10
Abbildung 4: Wirtschaftliche Zukunftsaussichten	11
Abbildung 5: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen	11
Abbildung 6: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen (im Zeitvergleich)	12
Abbildung 7: Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen (nach Alter)	13
Abbildung 8: Muttersprache	14
Abbildung 9: Verständnis und Gebrauch von „Platt“	15
Abbildung 10: Heimat	15
Abbildung 11: Geopolitische Verbundenheit	16
Abbildung 12: Geopolitische Verbundenheit (nach Region)	17
Abbildung 13: Geopolitische Verbundenheit (nach Alter)	18
Abbildung 14: Geopolitische Verbundenheit (nach Wohndauer)	18
Abbildung 15: Bewertung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderern	19
Abbildung 16: Probleme beim Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern	20
Abbildung 17: Konsumverhalten/Inanspruchnahme von Dienstleistungen (im Zeitvergleich)	21
Abbildung 18: Konsumverhalten/Inanspruchnahme von Dienstleistungen (nach Region)	22
Abbildung 19: Kauf von regionalen Lebensmitteln	23
Abbildung 20: Interesse für das politische Geschehen	24
Abbildung 21: Zufriedenheit mit der Politik	25
Abbildung 22: Beurteilung der Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten	26
Abbildung 23: Bekanntheit von Dienstleistungen der DG (I)	27
Abbildung 24: Bekanntheit von Dienstleistungen der DG (II)	27
Abbildung 25: Bekanntheit von Informationsquellen des MDG	28
Abbildung 26: Allgemeine Nutzungshäufigkeit von Informationen des MDG	29
Abbildung 27: Nutzung von Informationsquellen des MDG	30
Abbildung 28: Bekanntheit und Nutzung von Informationsquellen	31
Abbildung 29: Regelmäßige Nutzung von Informationsquellen über das MDG (im Zeitvergleich)	31
Abbildung 30: Regelmäßige Nutzung von Informationsquellen über das MDG (nach Alter)	32
Abbildung 31: Ehrenamtliches Engagement	33
Abbildung 32: Gründe gegen aktives ehrenamtliches Engagement	34
Abbildung 33: Gründe gegen aktives ehrenamtliches Engagement (nach Bildung, Alter)	34
Abbildung 34: Gründe für ehrenamtliches Engagement	35
Abbildung 35: Gründe für ehrenamtliches Engagement (nach Alter)	36
Abbildung 36: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG	37
Abbildung 37: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG (im Zeitvergleich)	38
Abbildung 38: Persönliche Wichtigkeit verschiedener Zukunftsziele der DG (nach Region)	38
Abbildung 39: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort	39
Abbildung 40: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Region)	40
Abbildung 41: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Alter)	40
Abbildung 42: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort (nach Bildung)	41
Abbildung 43: Differenz von Wichtigkeit und Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten am Wohnort	42
Abbildung 44: Meinungen zu Zuständigkeiten der DG	43
Abbildung 45: Zusätzlich gewünschte Verwaltungszuständigkeiten	44
Abbildung 46: Rolle der Provinz Lüttich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	45
Abbildung 47: Meinungen zu möglichen weiteren Staatsreformen	46
Abbildung 48: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise	47
Abbildung 49: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise (nach Bildung)	48
Abbildung 50: Einstellungen und Einschätzungen zur aktuellen Energiekrise (nach subj. soz. Status)	48